

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1972

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 - 1970

- 21 Extreme Konjunkturlagen beeinflussen deutlich die Leistungsfälle und damit den Leistungsaufwand der Krankenversicherung. Gesetzgeberische Maßnahmen führten in den letzten Jahren zu einer Belastungsverlagerung, die eine Kostenexplosion im Verwaltungsbereich nach sich zog.

Krankenkassen und Lohnfortzahlungsgesetz

- 23 Ab 1970 hat sich die Lastenverteilung zwischen Krankenkassen und Arbeitgebern wesentlich geändert. Ebenso erfuhr die Mitgliederstruktur der Kassen eine erhebliche Umschichtung.

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1969

- 26 In den letzten Jahren sind die Probleme des Umweltschutzes immer vordringlicher geworden. Eines der zentralen Themen hierbei ist die Klärung des Abwassers. Zwar bleibt noch viel zu tun, bis unsere Flüsse wieder sauber werden, doch haben die Bemühungen von Bund, Land, Gemeinden, Wirtschaft und Privaten in der Vergangenheit schon deutliche Erfolge gezeigt.

Beteiligung am Erwerbsleben 1971

- 31 Im April eines jeden Jahres führt das Statistische Landesamt Befragungen bei 1% aller privaten Haushalte durch. Diese als Mikrozensus bekannte Stichprobe liefert für die Jahre zwischen den Volkszählungen die jeweils neuesten und wichtigsten Strukturdaten über Bevölkerung und Erwerbsleben.

Löhne und Gehälter der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer 1969

- 32 Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Berufstätigkeit, welche mehr als zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens ausmachen, sind in entscheidendem Maße für Konsum und Spartätigkeit der einzelnen Wirtschaftsräume bestimmend. 1970 wurden erstmals Angaben über Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmer im Rahmen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung erfaßt.

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Bundesländern 1970

- 37 Nachdem nunmehr die im Rahmen des Zensus vom 27. Mai 1970 ermittelten Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen des gesamten Bundesgebietes vorliegen, ist es möglich, die für Rheinland-Pfalz festgestellten Strukturen und Entwicklungstendenzen denen der übrigen Bundesländer gegenüberzustellen.

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1971

- 39 Ein trockenes Frühjahr, ergiebige Niederschläge im Juni, ein sehr warmer Hochsommer und ein milder Herbst kennzeichneten die Witterung im Jahre 1971. Unter diesen Bedingungen lieferten Getreide und Ölfrüchte hohe Ernten. Bei Rohfutter und Hackfrüchten gab es dagegen teilweise recht deutliche Ertragsausfälle.

Anhang

- 9* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
15* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Arbeitsunfähigkeit und Leistungen der Krankenversicherungen

Im Tiefpunkt der Rezession 1967 konnte gegenüber 1966 ein deutliches Nachgeben in der Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder - die Rentner sind hierbei nicht mitgezählt - festgestellt werden (— 15%), ebenso bei den Arbeitsunfähigkeitstagen (— 11%). Während der Hochkonjunktur im Jahre 1970 zeigten die Werte im Vergleich zu 1966 dagegen einen Anstieg um 29 bzw. 8%. Der Leistungsaufwand für Mitglieder und deren Familienangehörige stieg von 518 Mill. DM im Jahre 1967 auf 570 Mill. DM im Jahre 1970. Für Rentner und ihre Familienangehörigen betrugen die entsprechenden Werte 152 Mill. und 286 Mill. DM. Die Barleistungen der Krankenhilfe sanken in Auswirkung des Lohnfortzahlungsgesetzes 1970 stark ab. Die Verwaltungskosten erreichten 1970 mit 42,9 Mill. DM Rekordhöhe; 1967 waren es noch 35,1 Mill. DM gewesen. ba

Mehr über dieses Thema auf Seite 21.

Drei Viertel der Krankenversicherten jünger als 45 Jahre

Im Oktober 1971 waren in den 97 Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung mit Sitz in Rheinland-Pfalz, den sogenannten RVO-Kassen, rund 770 000 Mitglieder (ohne Rentenbezieher und Rentenbewerber) krankenversichert. 11% gehörten zu den freiwillig Versicherten. Nahezu 58% der Pflichtversicherten fielen in die Altersgruppen von 20 bis 45 Jahren, und etwas über 16% waren jünger als 20 Jahre. Der Anteil der 45- bis 65jährigen betrug ein Viertel, nur etwas über 1% überschritt das 65. Lebensjahr. Im Altersaufbau der freiwillig Versicherten sind die oberen Altersgruppen wesentlich stärker besetzt. Die unter 20jährigen machten dabei nur etwas mehr als 1% aus, und die über 65jährigen waren an der Gesamtzahl mit über 7% beteiligt. Mit knapp 40% hatten die 45 bis 65 Jahre alten Mitglieder einen verhältnismäßig viel stärkeren Anteil als bei den Pflichtversicherten.

Ähnlich war die Altersstruktur der Mitglieder von Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), in denen allein 81% der Pflichtmitglieder und 80% der freiwilligen Mitglieder versichert waren. In den letzten fünf Jahren haben sich die Altersgruppen anteilmäßig nur wenig verschoben. Als bemerkenswerte Ausnahme ist jedoch hervorzuheben, daß zwischen Oktober 1967 und Oktober 1968 ein erheblicher Rückgang des Anteils der über 65jährigen Mitglieder, vor allem der freiwilligen Mitglieder, liegt. Ihr Anteil sank in dem einen Jahr von fast 33% auf etwas mehr als 7% ab. Am 1. Oktober 1971 betrug der entsprechende Wert 8,8%. Bei den anderen RVO-Kassen war dieser Rückgang wesentlich geringer, zumal der Anteil dieser Altersgruppen auch vorher absolut und prozentual nicht so bedeutend war. Die Ursache lag der Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner, die nach der Verabschiedung des Finanzänderungsgesetzes vom 21. Dezember 1967 mit dem 1. Januar 1968 zum Tragen kam. Bis zu diesem Zeitpunkt trat die Pflichtversicherung für Rentner nur dann ein, wenn in den letzten fünf Jahren vor Stellung des Rentenanspruchs mindestens 52 Wochen ein Versicherungsverhältnis bei einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung bestanden hatte. Diejenigen Personen, die im Zeitpunkt der Verrichtung diese Voraussetzungen nicht erfüllten, wurden als freiwillige Mitglieder weitergeführt. Für diesen Personenkreis zahlte die Rentenversicherung einen

Beitragszuschuß. Durch das Finanzänderungsgesetz wurde nun jeder Rentenbezieher versicherungspflichtig mit einer Selbstbeteiligung an den Beiträgen von 2% seiner Rente. Im statistischen Nachweis schieden die genannten Personen als freiwillige Mitglieder aus und erschienen als Pflichtmitglieder bei der Versicherung der Rentner. Die erhebliche Zunahme der versicherten Rentner von 257 000 im Jahre 1967 auf 335 000 im Oktober 1968 resultiert zum überwiegenden Teil aus dieser Änderung der Rechtsgrundlagen. Zu bemerken bleibt noch, daß seit dem 1. Januar 1970 die Selbstbeteiligung an den Krankenversicherungsbeiträgen für die Rentner entfällt, und die Zahl der Mitglieder in der Versicherung der Rentner inzwischen auf 361 000 angestiegen ist. wa

Niedrigste Erwerbsbeteiligung seit Bestehen des Landes

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus standen im April 1971 von den 3,633 Mill. Rheinland-Pfälzern 1,524 Mill. im Erwerbsleben. Immer weniger Erwerbstätige, nämlich 42,0% der Bevölkerung - das ist die niedrigste Erwerbsquote seit Bestehen des Landes -, erbringen damit das überdurchschnittlich steigende rheinland-pfälzische Sozialprodukt. Gut jeder dritte Arbeitsplatz wurde von einer Frau eingenommen. Trotz eines allgemeinen Rückgangs der Erwerbsbeteiligung der Frau ist während der vergangenen zehn Jahre die Erwerbsquote der verheirateten Frauen mit rund 35% nahezu konstant geblieben. Die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 20jährigen Jugendlichen einerseits und die der 60- bis 65jährigen Menschen andererseits nahm in demselben Zeitraum um ungefähr ein Fünftel ab. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 31.

Meldepflichtige Krankheiten 1971

Das Ausmaß der gemeldeten Erkrankungen im Jahre 1971 entsprach mit rund 6 200 Fällen nicht ganz dem des Vorjahres (6 600). Wieder waren es die etwa 2 000 Neuerkrankungen an Tuberkulose, die 1 700 Fälle der Hepatitis infectiosa (ansteckende Leberentzündung) sowie die rund 1 000 Scharlachfälle, welche infolge ihrer Häufigkeit das Krankheitsgeschehen des Berichtsjahres bestimmten. Die im Rahmen der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten nachgewiesenen Tuberkulosefälle stellen in ihrer Gesamtheit wegen der zum Teil noch nicht gesicherten Diagnose lediglich eine ungefähre Größenordnung dar. Hepatitis und Scharlach heben sich zahlenmäßig gegenüber dem Vorjahr kaum ab, jedoch ist die infektiöse Leberentzündung noch immer im Anstieg, wogegen Scharlacherkrankungen seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren kontinuierlich zurückgehen. Auffällige regionale Masierungen von Infektionskrankheiten während des Berichtsjahres lassen sich aus dem vorliegenden statistischen Material nicht ersehen. Hervorzuheben ist der Fall einer paralytischen Kinderlähmung, eines Wundstarrkrampfes und die noch immer relativ hohe Erkrankungszahl an Hirnhautentzündung (339). Übertragbare Darmkrankheiten machten zusammen stark 900 Erkrankungsfälle aus, weitgehend bewirkt durch Enteritis infectiosa - Salmonellose (754). Unter den übrigen meldepflichtigen Krankheiten traten noch einzelne in zahlenmäßig untergeordneter Bedeutung auf. Wegen Tollwutverdachts mußten sich im Berichtsjahr 179 Personen einer Schutzbehandlung unterziehen. zi

Fast die Hälfte aller Studenten will Lehrer werden

An der Spitze der Ausbildungsziele deutscher Studenten der Universitäten Mainz und Trier-Kaiserslautern sowie der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz steht der Lehrerberuf, den insgesamt 8 641 Studierende in Rheinland-Pfalz ergreifen wollen, 1 800 mehr als vor zwei Jahren. Das ergibt sich aus einer Vorwegaufbereitung der Angaben zum Berufsziel, die von den Studenten des Wintersemesters 1971/72 gemacht wurden. Die meisten von ihnen, nämlich 3 962 oder fast die Hälfte (46%), bevorzugen das Lehramt an Grund- und Hauptschulen; das geringste Interesse findet die Ausbildung zum Lehrer an Sonderschulen (298) und berufsbildenden Schulen (347). Von 100 männlichen Studierenden beabsichtigen 39, von 100 weiblichen sogar 66 Lehrer zu werden, von letzteren mehr als die Hälfte (55%) an Grund- und Hauptschulen. In der Rangfolge der Berufsziele folgen die Heilberufe Arzt (1 514) und Zahnarzt (509). Juristische oder volkswirtschaftliche Berufe streben 1 552 Studierende an, 575 wollen Psychologe werden. Berufsziele im Bereich der Naturwissenschaften haben 134 Studentinnen und 1 111 Studenten. Umgekehrt dominieren bei den insgesamt 726 Studierenden mit Berufsziel Dolmetscher die Studentinnen. hä

Gute Getreideernte, Ertragsausfälle bei Rauhfutter und Hackfrüchten

Für das Wachstum der Feldfrüchte und Futterpflanzen war die Witterung im vergangenen Jahr nicht immer vorteilhaft. Das trockene Frühjahr erlaubte zwar eine rechtzeitige Bestellung, die weitere Entwicklung wurde jedoch zeitweise gehemmt. Die Anfang Mai vielfach gehegten Befürchtungen haben sich glücklicherweise nicht erfüllt, weil das Wachstum aller Feldfrüchte und Futterpflanzen zunächst nachhaltig belebt wurde. Trotz der ab Mitte Mai und vor allem im Juni gefallenen Niederschläge sind allerdings infolge der Trockenheit im Hochsommer und Herbst insbesondere bei Rauhfutter und Hackfrüchten deutliche Ertragsausfälle eingetreten, während bei Getreide mit 1,4 Mill. t die bisher größte Menge eingebracht werden konnte. Der Hektarertrag des Getreides blieb nur ganz geringfügig unter dem bisherigen Höchstertag. Hohe Ernten und Hektarleistungen erbrachten auch die Ölfrüchte, während es bei Kartoffeln und Rüben zu vergleichsweise geringeren Erträgen kam. Aufgrund einer Anbauerweiterung lieferten die Zuckerrüben mit 1,05 Mill. t jedoch eine sehr reichliche Gesamtmenge. Bei den Rauhfutterpflanzen, deren Wachstum einige Wochen ganz zum Erliegen kam, waren die negativen Auswirkungen am größten. tg

Geringere Apfelernte 1971

Die Apfelblüte begann Mitte April und verlief bei überwiegend warmer Witterung recht vorteilhaft. In den letzten Apriltagen traten jedoch Nachtfröste auf und verursachten gebietsweise stärkere Schäden. Das sonnige und niederschlagsarme Wetter von Anfang Juli bis Oktober begünstigte zwar den Reifeprozess und führte zu einer qualitativ hochwertigen Ernte. Andererseits machten sich teilweise Trockenschäden bemerkbar, die vielfach die Fruchtbildung nachteilig beeinflussten. Nach den recht guten Ernten der beiden vorangegangenen Jahre war im Berichtsjahr auf Grund der zu beobachtenden Alternanz mit geringeren Erntemengen zu rechnen.

Die Apfelernte 1971 lieferte insgesamt 90 000 t und blieb um 20 000 t oder 18% unter dem Vorjahresergebnis; auch der Sechsjahresdurchschnitt wurde um 12% unterschritten. Auf Intensivanlagen die vor allem in rheinhessischen und pfälzischen Anbaugebieten sowie im Landkreis Ahrweiler anzutreffen sind, entfielen mit 22 000 t oder knapp ein Viertel, die zu etwa 70% als Qualitätsäpfel auf den Markt gelangten, während der Rest überwiegend industriell verarbeitet wurde. Die in Feldflur und Kleingärten geernteten Äpfel wurden zur Hälfte als Eß- und Verwertungsobst verkauft. wr

Müller-Thurgau jetzt verbreitetste Rebsorte

Seit Herbst 1970 wurden in Rheinland-Pfalz gut 1 500 ha Weinberge gerodet und 3 300 ha mit Reben neu- oder wiederbepflanzt. Dadurch erhöhte sich die bestockte Keltertraubenfläche der Erwerbsweinbaubetriebe um fast 1 800 ha auf 56 400 ha. Ein Drittel aller Anpflanzungen entfiel auf die Sorte Müller-Thurgau, die nunmehr gut 27% der Rebfläche des Landes beansprucht, gefolgt vom Silvaner (26%) und vom Riesling (24%). Im Jahre 1960 waren im Vergleich dazu erst 14% der Fläche mit Müller-Thurgau-Reben bestockt, dagegen 41% mit Silvaner und 29% mit Riesling. Beim Blauen Portugieser hat sich die Rückgangstendenz verstärkt fortgesetzt. Sein Anteil betrug 1971 nur noch 7,4% gegenüber 10% vor elf Jahren. Weiter steigender Beliebtheit bei Winzern und Verbrauchern erfreuen sich die Sorten Morio-Muskat, Scheurebe, Ruländer, Huxelrebe und die Neuzüchtungen Kerner, Faber, Bacchus und Optima, deren Anbau zum Teil erheblich ausgeweitet wurde. lx

6,67 Mill. hl Weinbestände Ende August 1971

In den rheinland-pfälzischen Weinkellern lagerten Ende August des vergangenen Jahres 6,67 Mill. hl Wein. Die Weinbestände blieben somit um 3,69 Mill. hl oder 36% unter den Beständen vom 31. Dezember 1970. Rückläufig entwickelten sich vorwiegend die Vorräte an inländischen Trinkweinen des Jahrgangs 1970.

Der weitaus größte Teil der Bestände waren Trinkweine, die mit 6,49 Mill. hl um 3,54 Mill. hl niedriger ausgewiesen wurden, während die Verarbeitungsweine eine Abnahme um fast die Hälfte auf 176 000 hl erfuhr. Die ohnehin geringen Bestände an ausländischen Weinen zeigten sich gegenüber 1970 weniger stark rückläufig. Unter den Trinkweinbeständen befanden sich 340 000 hl ausländischer Herkunft, unter den zur Verarbeitung bestimmten Weinen 73 000 hl. Beachtenswert ist jedoch, daß die Vorräte an Trinkweinen aus EWG-Ländern um etwa die Hälfte zugenommen haben.

Entsprechend den hierzulande vorherrschend angebauten weißen Rebsorten entfiel mit 5,18 Mill. hl die ganz überwiegende Menge auf Weißwein, danach folgten Rotwein (511 000 hl), Schaumwein (435 000 hl) und Perlwein (27 000 hl). Während die beiden letzteren Bestandserhöhungen aufzuweisen hatten, ergaben sich für Weiß- und Rotwein deutlich verminderte Vorräte.

Die Zahl der Betriebe mit Trinkweinbeständen ging gegenüber Ende 1970 beträchtlich zurück und betrug rund 27 000. Winzerbetriebe verzeichneten eine Reduzierung um 4 066, Handelsbetriebe um 436. wr

Fortsetzung letzte Seite

Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 bis 1970

Die Anfang 1957 durch §§ 41 bis 44 der Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung vom 31. August 1956 eingeführten und im Laufe des Jahres 1965 im Zuge einer Verwaltungsvereinfachung vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport durch das Statistische Landesamt übernommenen Geschäftsstatistiken für diesen Bereich enthalten eine Fülle von Daten, die nicht zuletzt für die Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung von eminenter Bedeutung sind. Im Folgenden sollen die wichtigsten Eckdaten über Leistungsfälle, Leistungsaufwand und Verwaltungsaufwand für den Zeitraum von 1967 bis 1970 dargestellt und kommentiert werden. Die Untersuchung erstreckt sich auf die sogenannten RVO-Kassen mit Hauptsitz im Lande Rheinland-Pfalz. Hierbei handelt es sich um solche Kassen, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu errichten sind. Ende 1970 waren es 40 Orts-, 2 Land-, 51 Betriebs- und 7 Innungskrankenkassen, Ersatzkassen, Knappschaftskasse, Seekasse und überbereichliche Betriebskrankenkassen einschließlich derjenigen von Bundespost und Bundesbahn mit Hauptsitz in einem anderen Bundesland werden ausgeklammert, weil die Ergebnisse nicht in ausreichend tief gegliederter Form für das Land vorliegen. Da der Versichertenbestand bei den RVO-Kassen mit Sitz im Lande beinahe 70% aller bei der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten ausmacht, entsprechen die errechneten Strukturwerte und auch die Entwicklungslinien in jedem Falle den wirklichen Verhältnissen.

Konjunktur beeinflusst Leistungsfälle

Obwohl die Leistungswerte der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig in stärkerem Maße durch typische Zufallseinflüsse, wie Grippewellen und gesetzliche Neuregelungen, beeinflusst werden können, zeigt sich im längeren Zeitablauf doch eine deutliche Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Insbesondere die extremen Konjunkturlagen schlagen sich in den Daten nieder. 1967, das Jahr des Tiefpunktes der damaligen Rezession und damit der größten Gefährdung der Arbeitsplätze, brachte gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang in den Arbeitsunfähigkeitsfällen je 100 Mitglieder - hier und bis zum Schluß dieses Kapitels ohne Rentner - von 15%, für die Betriebskrankenkassen sogar von 18%. Bei den Arbeitsunfähigkeitstagen je 100 Mitglieder betrugen die entsprechenden Werte - 11 und - 14%. Das Bestreben, seinen Arbeitsplatz nicht zu verlieren, führte vermutlich in nicht wenigen Fällen dazu, daß unter normalen Umständen vom ärztlichen Standpunkt aus als arbeitsunfähig einzustufende Beschäftigte

weiterhin ihrer Beschäftigung nachgingen. Auf die Zahl der Krankenhaushäufigkeit und Krankenhaustage je 100 Mitglieder hatte die Wirtschaftslage offenbar keinen Einfluß, denn hier stiegen die Werte um über 2% bzw. um über 3% an, was sich allein aus der Tatsache erklärt, daß fast jeder Beschäftigte, auch in guten Zeiten, sich nur in ein Krankenhaus begibt, wenn dies nicht mehr zu umgehen ist.

Im Zuge der raschen Wirtschaftserholung ab 1968 mit schließlich wiedererreichter Vollbeschäftigung und zum Teil Überbeschäftigung zeigte sich eine eindeutig andere Tendenz. Sowohl Arbeitsunfähigkeitsfälle als auch Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Mitglieder wuchsen insbesondere im Jahr der Hochkonjunktur 1970, gegenüber 1966 beachtlich an. Bei ersteren betrug die Steigerung 29% (Frauen sogar + 41%), letztere allerdings übertrafen den Wert von 1966 nur um etwa 8% (Frauen + 15%). Der Hauptgrund war sicher die völlige Ausschöpfung des Arbeitsmarktes, welche dazu zwang, in größerem Umfange auch Arbeitskräfte zu verwenden, die von Alter und Gesundheitszustand her zwangsläufig anfälliger gegen Krankheiten waren. Inwieweit das am 1. Januar 1970 in Kraft getretene Lohnfortzahlungsgesetz, welches durch Gewährung eines Rechtsanspruches gegen den Arbeitgeber auf Lohnweiterzahlung im Krankheitsfalle bis zu sechs Wochen eine materielle Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten brachte, die besonders starken Steigerungen von 1969 zu 1970 mitverursachte, muß dahingestellt bleiben. Die Zahlen reichen nicht aus, einen eindeutigen und quantifizierbaren Kausalzusammenhang zu erkennen.

Typisch für die veränderte Situation war auch der Rückgang der Arbeitsunfähigkeitstage je Fall. Er betrug für die Männer 1970 gegenüber 1966 bei einem absoluten Wert von 17,6 Tagen immerhin - 16%, für die Frauen sogar - 18%. Leichtere, nur relativ kurzfristig Arbeitsunfähigkeit verursachende Krankheiten fielen 1970 also stärker ins Gewicht als 1966. Den größten Rückgang hatten hier die Ortskrankenkassen mit mehr als - 17% aufzuweisen. Auch die Krankenhaustage je Fall zeigten bei dieser Kassenart im Berichtszeitraum stark rückläufige Tendenz (- 18%), bei allen anderen Kassenarten waren Zunahmen der Fallwerte festzustellen.

Besonders auffallend war die Entwicklung der Sterbegeldfälle je 1 000 Mitglieder. Während 1967 noch eine leichte Zunahme gegenüber 1966 um über

Leistungsfälle der RVO-Kassen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz nach Leistungs- und Kassenarten 1967 und 1970
(Ohne Rentner)

Leistungsart	1967					1970				
	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-
Arbeitsunfähigkeitsfälle										
insgesamt je 100 Mitglieder	65,7	62,7	32,3	84,3	73,2	100,1	95,9	34,0	131,2	94,8
Männer	67,5	64,1	34,1	82,3	77,0	99,9	94,7	34,7	129,5	97,5
Frauen	61,4	59,7	28,7	97,0	51,5	100,8	98,5	32,6	140,7	80,0
Krankenhausfälle										
insgesamt je 100 Mitglieder	8,8	9,2	6,9	7,2	7,7	8,6	9,1	8,4	6,4	7,2
Männer	7,9	8,2	6,0	6,8	7,4	7,6	8,0	6,9	6,1	6,9
Frauen	11,1	11,2	8,8	9,7	9,4	11,3	11,7	11,9	8,0	9,0
Arbeitsunfähigkeitstage										
insgesamt je 100 Mitglieder	1 456,2	1 420,1	726,8	1 720,2	1 476,9	1 761,4	1 712,5	761,1	2 201,5	1 528,0
Männer	1 488,6	1 449,9	715,9	1 688,7	1 549,6	1 744,4	1 676,4	811,7	2 192,6	1 590,8
Frauen	1 377,6	1 357,6	749,6	1 917,5	1 060,1	1 808,0	1 799,6	648,2	2 251,4	1 182,4
Krankenhaustage										
insgesamt je 100 Mitglieder	197,7	206,5	154,7	157,4	155,9	180,5	189,6	192,9	142,5	136,4
Männer	184,2	192,1	141,6	154,5	156,6	168,8	176,8	175,4	141,6	135,0
Frauen	230,7	236,7	182,0	175,5	151,7	212,7	220,5	231,9	147,1	144,4
Arbeitsunfähigkeitstage je Fall										
insgesamt	22,2	22,7	22,5	20,4	20,2	17,6	17,9	22,4	16,8	16,1
Männer	22,1	22,6	21,0	20,5	20,1	17,5	17,7	23,4	16,9	16,3
Frauen	22,4	22,8	26,1	19,8	20,6	17,9	18,3	19,9	16,0	14,8
Krankenhaustage je Fall										
insgesamt	22,3	22,5	22,3	21,9	20,3	20,9	20,9	22,8	22,3	19,0
Männer	23,2	23,4	23,5	22,8	21,3	22,1	22,1	25,4	23,3	19,7
Frauen	20,9	21,1	20,7	18,1	16,2	18,8	18,9	19,5	18,3	16,0
Mutterschaftshilfefälle (1967: Wochenhilfefälle)										
insgesamt je 100 Mitglieder	1,4	1,5	0,6	0,8	1,0	1,3	1,4	0,4	0,8	0,9
je 100 weibliche Mitglieder	4,8	4,7	1,9	5,7	6,8	4,7	4,6	1,4	5,0	5,7
Fälle von Zahnersatz und kiefer- orthopädischer Behandlung										
insgesamt je 100 Mitglieder	7,6	7,4	8,0	9,5	6,6	8,3	8,0	9,8	11,0	5,7
Männer	7,3	7,0	7,6	9,5	6,5	7,8	7,4	9,0	10,9	5,6
Frauen	8,5	8,4	8,9	9,6	7,5	9,6	9,6	11,6	11,8	6,3
Sterbegeldfälle je 1 000 Mitglieder	6,4	7,1	7,4	3,6	3,0	3,7	3,8	2,9	3,2	3,0

3% zu verzeichnen war, setzte 1968 ein sehr starker Rückgang ein, der im Vergleich zu 1966 zu einem Absinken dieser Bezugszahl um 36%, bei den Ortskranken-kassen sogar um 41% führte. Auch 1970 hielt sich der Wert auf etwa dem gleichen Niveau, denn die Sterbegeldfälle je 1 000 Mitglieder lagen in diesem Jahr um 40% unter dem Wert von 1966. Die Ursache hierfür ist in der Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner durch das Finanzänderungsgesetz vom 21. Dezember 1967, in Kraft getreten am 1. Januar 1968, und einer damit verbundenen Umschichtung in der statistischen Zuordnung zu suchen. Von diesem Zeitpunkt an war grundsätzlich jeder, bei dem die Voraussetzungen zum Bezug einer Invaliditäts- oder Altersrente vorlagen, Pflichtversicherter in der Krankenversicherung der Rentner. Vorher waren unter den freiwilligen Mitgliedern insbesondere der Ortskranken-kassen viele Rentner nachgewiesen, die nicht die Voraussetzungen für eine Pflichtversicherung der Rentner erfüllten und somit auch nicht dort erschienen, vielmehr mit den übrigen, noch im Arbeitsleben stehenden freiwilligen Mitgliedern der RVO-Kassen ausgewiesen wurden. Dieser Personenkreis wechselte nun in seiner Gesamtheit in die Pflichtversicherung der Rentner über, und damit mußte die Sterblichkeitsrate der verbleibenden Mitglieder we-

gen ihrer im Vergleich zu den Rentnern ungleich günstigeren Altersstruktur rapide sinken.

Leistungsaufwand durch Lohnfortzahlung teilweise gebremst

Der Leistungsaufwand der in die Untersuchung einbezogenen Kassen wird von den verschiedensten Faktoren bestimmt, wie etwa Mitgliederbestand, Preisentwicklung für die Kassenleistungen, Wirtschaftslage, gesetzliche Regelungen und freiwillige Maßnahmen der Kassen gegenüber ihren Versicherten. Allgemein kann gesagt werden, daß diese Faktoren in dem beobachteten Zeitraum von 1967 bis 1970 per Saldo zu einer nicht unbeträchtlichen Erhöhung des Gesamtaufwandes geführt haben. Lagen die Leistungsaufwendungen 1967 für Mitglieder (ohne Rentner) und ihre Familienangehörigen noch bei 518 Mill. DM und für Rentner und ihre Familienangehörigen bei 152 Mill. DM, so zogen diese Werte bis 1969 auf 596 Mill. bzw. 242 Mill. DM an. Der verhältnismäßig sehr starke Anstieg bei den Rentnern ergibt sich ebenfalls zum großen Teil aus der Umschichtung des Versichertenbestandes als Folge des Finanzänderungsgesetzes von 1967. 1970 zeigte sich dann in Auswirkung des Lohnfortzahlungsgesetzes und der damit weitgehend reduzierten Barleistungen der Krankenhilfe ein absoluter

Krankenkassen und Lohnfortzahlungsgesetz

Am 1. Januar 1970 trat das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz) vom 27. Juli 1969 in Kraft. Die Auswirkungen dieser gesetzgeberischen Maßnahmen waren beträchtlich, denn sie brachten die seit langem angestrebte und nun endlich verwirklichte Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Erkrankung und damit die Beseitigung einer gewissen sozialen Diskriminierung mit sich. Von diesem Zeitpunkt an hat der Arbeiter, ebenso wie bisher schon der Angestellte, für die Dauer bis zu sechs Wochen einen Anspruch gegenüber seinem Arbeitgeber auf Fortzahlung des Bruttoarbeitsentgelts. In den Gesetzesbestimmungen ist damit eine weitreichende sozial- und gesellschaftspolitische Entscheidung enthalten, indem die gesetzliche Krankenversicherung erheblich entlastet und die Arbeitgeber entsprechend höher belastet werden. Das Gesetz hatte auch strukturelle Umschichtungen im Mitgliederbestand der gesetzlichen Krankenkassen zur Folge, welche neben anderen Entwicklungstendenzen an Hand einiger Zahlenwerte aus den Jahren 1969 bis 1971 aufgezeigt werden sollen.

Insgesamt waren bei den sogenannten RVO-Kassen des Landes (Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen), von denen es 1971 noch 97 gab, im Jahre 1969 etwa 1 094 000 Mitglieder versichert; bis 1971 stieg dieser Bestand um knapp 2,5% auf 1 121 000 Mitglieder an. Während 1969 noch 59,9% Pflichtmitglieder (ohne Rentner), 8,8% freiwillige Mitglieder und 31,3% Rentenbezieher und -bewerber waren, bewirkte die Erhöhung der monatlichen Versicherungspflichtgrenze von 990 DM auf 1 200 DM ab 1. Januar 1970, daß viele der bisher freiwillig weiterversicherten Angestellten nunmehr wieder pflichtversichert wurden, so daß ihr Anteil bis 1971 auf 7,7% absank. Die Zusammensetzung nach dem Geschlecht blieb nahezu unverändert (rund 63% Männer und 37% Frauen), und auch die Aufteilung nach Kassenarten erfuhr keine wesentliche Veränderung. Der weit überwiegender Teil der Versicherten (ohne Rentner) gehörte den Ortskrankenkassen an (Dezember 1971: 81%), der Rest entfiel vor allem auf die Betriebskrankenkassen (12,2%) und die Innungskrankenkassen (6,5%). Die Landkrankenkassen sanken - wohl wegen der noch immer nicht abgeschlossenen Landflucht - mit 0,3% fast zur Bedeutungslosigkeit herab, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß es in Rheinland-Pfalz nur zwei davon gibt.

Eine in den statistischen Werten unmittelbar ablesbare Folge des Lohnfortzahlungsgesetzes ist die Verschiebung innerhalb der Mitglieder-

kategorien bei den beschäftigten Pflichtmitgliedern (ohne Rentner). Letztere teilten sich im Dezember 1969 noch zu 18,3% in Mitglieder ohne und zu 81,7% in solche mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, was etwa der Aufteilung in Angestellte und Arbeiter entspricht. Nach Inkrafttreten der Lohnfortzahlung für Arbeiter unterschied man die beschäftigten Mitglieder nach solchen mit und ohne Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens sechs Wochen. Diejenigen mit einem solchen Anspruch machten jetzt etwa 99% aller beschäftigten Pflichtmitglieder aus. Absolut stieg die Zahl von 122 100 im Dezember 1969 auf 668 900 im Dezember 1971, die Zahl derjenigen, welche keinen Entgeltfortzahlungsanspruch für sechs Wochen haben, betrug im Dezember 1971 nur 6 600 Personen. Es sind dies zum Beispiel Heimarbeiter, Arbeitskräfte die in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen, ferner Kräfte, die durch schuldhaftes Verhalten die Krankheit herbeigeführt haben oder weibliche Kräfte, die Mutterschaftsgeld beziehen. Die stärkste Verschiebung konnte erwartungsgemäß bei den Ortskrankenkassen festgestellt werden, denn hier war der relative Anteil der Arbeiter im Vergleich zu den Betriebs- und Innungskrankenkassen immer am höchsten. Die Zahl der beschäftigten Pflichtmitglieder mit Entgeltanspruch für mindestens sechs Wochen stieg dort von 89 900 im Dezember 1969 bis auf 540 900 im Dezember 1971, das war eine Steigerung von über 500%. Bei den Betriebskrankenkassen und den Innungskrankenkassen lagen die entsprechenden Steigerungssätze in der Größenordnung um 300%.

Die arbeitslosen Pflichtmitglieder zeigten von Dezember 1969 bis Dezember 1971 entsprechend der konjunkturellen Abkühlung einen Anstieg von 2 900 auf 6 900. Obgleich der Anteil der Pflichtmitglieder (ohne Rentner) bei den Ortskrankenkassen im Dezember 1971 rund 81% betrug, entfielen von den Arbeitslosen 91% auf diese Kassenart. Offenbar sind hier verhältnismäßig viele ungelernte Hilfskräfte konzentriert, die bei einer konjunkturellen Abschwächung am ehesten entbehrlich sind und entlassen werden. Für die Betriebskrankenkassen errechnet sich nämlich zum gleichen Zeitpunkt bei einem Pflichtmitgliederanteil von 12% eine auf diese Kassenart entfallende Arbeitslosenquote von nur 5%.

Die Betriebe sind vermutlich bestrebt, die bei ihren Kassen versicherten Kräfte von vorwiegend höheren Qualifikationsgraden möglichst lange zu halten. Tendenziell ähnlich stellten sich die Relationen bei den Innungskrankenkassen.

Dr. P. Baron

Leistungsart	1967					1970				
	ins- gesamt	Orts- kassen	Land- kassen	Be- triebs- kassen	Innungs- kassen	ins- gesamt	Orts- kassen	Land- kassen	Be- triebs- kassen	Innungs- kassen
DM je Versicherten										
Leistungen an Mitglieder (ohne Rentner) und ihre Familienangehörigen										
Behandlung durch Ärzte	141,26	139,02	122,79	165,62	125,17	173,37	168,92	139,86	211,12	154,53
Behandlung durch Zahnärzte	43,40	41,52	37,17	58,10	41,00	56,41	54,89	46,44	68,51	51,51
Behandlung durch sonstige Heilpersonen	0,01	0,01	-	0,00	0,01	0,01	0,01	-	0,05	0,00
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (ohne Zahnersatz)	101,28	98,26	86,74	132,41	82,39	129,24	126,02	111,44	161,47	104,68
Zahnersatz	13,02	12,31	8,80	18,39	12,50	17,25	16,88	16,46	20,53	15,30
Krankenhilfe, Krankenbehandlung in Anstalten	128,07	128,16	119,30	133,47	116,27	188,22	190,04	180,99	191,90	155,42
Krankenhilfe - Barleistungen	175,30	170,51	73,82	209,02	180,85	105,31	104,47	50,51	119,70	88,17
Krankenhilfe - Sonstige Aufwendungen	6,26	6,48	5,37	5,32	5,07	7,98	8,27	6,90	6,88	6,43
Vertrauensärztlicher und -zahnärztlicher Dienst	6,94	6,97	2,46	6,96	6,60	6,32	6,23	4,25	6,82	6,55
Fürsorge für Genesende	0,36	0,39	0,16	0,17	0,19	0,29	0,30	-	0,09	0,53
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	2,47	2,12	0,85	5,09	2,25	4,57	4,09	3,01	7,82	4,20
Krankenschein-Prämie für Nichtin- anspruchnahme (§ 188 Abs. 2 und § 205 Abs. 1 Satz 3 RVO)	-	-	-	-	-	11,04	10,81	10,39	13,59	8,76
Mutterschaftshilfe (1967: Wochenhilfe)	30,49	31,04	20,38	28,16	27,90	41,63	43,52	32,46	33,62	33,29
Sterbegeld	5,47	5,74	4,15	4,35	3,89	4,75	4,70	4,05	4,92	5,00
Insgesamt	654,33	642,53	481,99	767,06	604,09	746,39	739,15	606,76	847,02	634,37
Leistungen an Rentner und ihre Familienangehörigen										
Behandlung durch Ärzte	148,67	146,69	128,00	167,53	151,56	191,13	189,36	160,91	210,38	188,14
Behandlung durch Zahnärzte	12,52	12,33	13,00	14,01	14,72	13,96	13,75	10,44	15,69	16,54
Behandlung durch sonstige Heilpersonen	0,03	0,04	-	0,01	0,03	0,04	0,03	-	0,13	0,09
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (ohne Zahnersatz)	197,08	194,08	162,46	226,88	194,01	268,52	263,58	248,12	319,14	266,14
Zahnersatz	14,28	13,18	9,21	23,55	22,45	19,54	18,41	11,42	29,08	30,81
Krankenhilfe - Krankenbehandlung in Anstalten	174,77	171,65	104,91	204,08	187,75	265,88	264,79	221,46	278,08	265,65
Krankenhilfe - Sonstige Aufwendungen	8,05	8,19	8,85	6,90	7,11	11,33	11,47	12,66	9,89	11,10
Vertrauensärztlicher und -zahnärztlicher Dienst	0,00	0,00	-	0,00	0,02	0,02	0,02	-	0,02	0,04
Fürsorge für Genesende	0,11	0,11	-	0,08	0,36	0,08	0,06	-	0,06	1,12
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	1,68	1,66	0,42	1,92	1,82	2,81	2,76	0,44	3,19	3,30
Krankenschein-Prämie für Nichtin- anspruchnahme (§ 188 Abs. 2 und § 205 Abs. 1 Satz 3 RVO)	-	-	-	-	-	5,35	5,31	4,65	5,87	5,11
Mutterschaftshilfe (1967: Wochenhilfe)	0,42	0,41	-	0,34	1,61	0,27	0,27	-	0,20	0,42
Sterbegeld	32,07	31,80	15,26	34,58	34,76	39,84	40,02	29,62	38,59	38,04
Insgesamt	589,68	580,14	442,11	679,88	616,20	818,77	809,83	699,72	910,32	826,50

Rückgang bei den Mitgliedern (ohne Rentner) bis auf 570 Mill. DM. (Vergleiche hierzu auch unseren Rahmenbeitrag auf Seite 23.) Die für die Rentner ausgegebenen Aufwendungen stiegen dagegen weiter an, und zwar auf 286 Mill. DM.

In bestimmter Weise aussagekräftigere Werte ergeben sich, indem die Schwankungen in den Versicherungszahlen durch Beziehung der aufgewendeten Summen für die einzelne Leistungsart auf die jeweiligen Versicherten ausgeschaltet werden. Es zeigt sich dann, daß die gezahlten DM-Beträge je Mitglied einschließlich der Familienangehörigen zum Beispiel für ärztliche Behandlung von 141,26 DM im Jahre 1967 bis auf 173,37 DM im Jahre 1970 zunahmen. Seit 1966 entspricht das sogar einer Erhöhung um 30%. Die Betriebskrankenkassen lagen hier sowohl der absoluten Höhe des Betrages als auch dem Steigerungssatz nach eindeutig an der Spitze, denn der von ihnen für diese Leistungsart aufgewendete Betrag je Mitglied stieg seit 1966 um 34% auf 211,12 DM an. Höher als bei den übrigen Mitgliedern war die Zunahme der Durchschnittsaufwendungen bei den Rentnern und

ihren Familienangehörigen. Über 148,67 DM im Jahre 1967 erhöhte sich der Satz bis auf 191,13 DM im Jahre 1970, also seit 1966 um 31%.

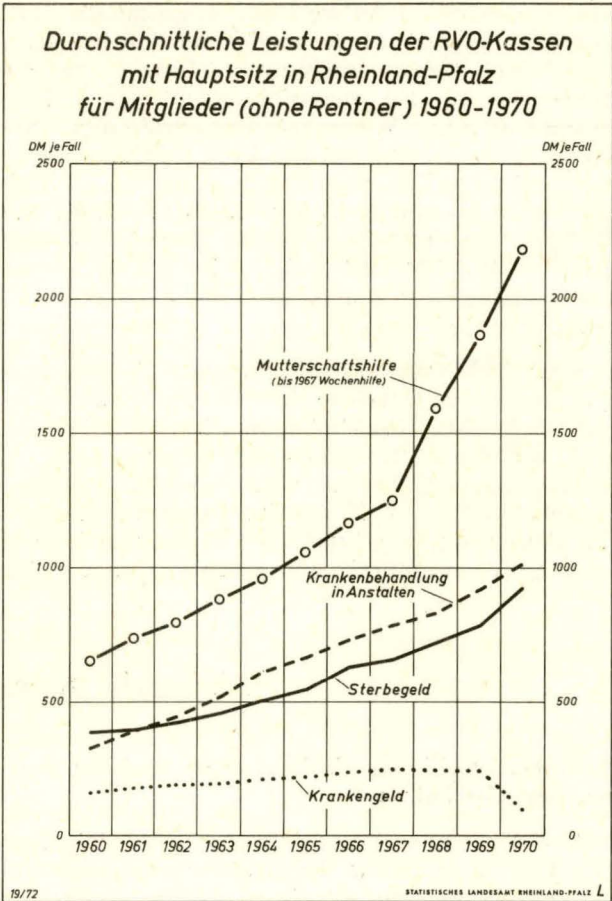
Besonders stark war die Zuwachsrate in den vier Jahren für die Krankenbehandlung in Anstalten. Die Sätze je Mitglied (ohne Rentner) zogen von 1966 bis 1970 um 65%, je Rentner sogar um 70% an. Die durch progressiv gestiegene Personal- und Sachkosten in den Anstalten hervorgerufene Kostenexplosion kommt hier deutlich zum Ausdruck. Die Barleistungen der Krankenhilfe dagegen, welche sich bis 1969 nur schwach je Mitglied um 7% erhöht hatten, erfuhren durch die Verlagerung eines großen Teils dieser Kosten auf die Arbeitgeber im Zuge der neuen Rechtsregelungen des Lohnfortzahlungsgesetzes ab 1. Januar 1970 einen abrupten Rückgang gegenüber der Vergleichsbasis von 1966 (— 46%). Allerdings gibt diese Zahl noch nicht das genaue Ausmaß der Umschichtungen an, denn in das Jahr 1970 wurde von den Kassen ein beachtlicher Überhang an Kranken übernommen, die noch nach dem alten Recht behandelt wurden. Die hierfür angefallene Beihilfe müßte also noch abgezogen wer-

den. Überschlägige Rechnungen ergaben, daß 1971 ein weiterer Rückgang gegenüber 1970 um 13% eingetreten ist. Gemessen an der Vergleichsbasis 1966 betrug nunmehr die Minusrate 53%. Die Behandlung durch Zahnärzte spielte bei den Rentnern im Vergleich zu den übrigen Versicherten eine relativ untergeordnete Rolle, denn 1970 betrugen die Aufwendungen hier je Fall 13,96 DM, dort aber 56,41 DM. Das Verhältnis beim Sterbegeld war dafür naturgemäß umgekehrt, denn 1970 entfiel auf einen Rentner der Betrag von 39,84 DM, die übrigen Versicherten kamen aber auf nur 4,75 DM.

Eine ab 1970 neu ausgewiesene Leistungsart ist die sogenannte Krankenscheinprämie für Nichtanspruchnahme. Der durch das Krankenversicherungsänderungsgesetz ab 1. Januar 1970 geänderte § 188 RVO bestimmt, daß der Versicherte für jedes Kalendervierteljahr, in dem er mindestens sechzig Kalendertage versichert war, und in dem er keinen Krankenschein für ärztliche Behandlung gelöst, keine Krankenpflege in Anspruch genommen und keine Kosten für ärztliche Behandlung verursacht hat, 10 DM vergütet erhält, im Kalenderjahr jedoch höchstens 30 DM. Diese mit einem verhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand verbundene Neuregelung verursachte 1970 einen Durchschnittsaufwand je Mitglied (ohne Rentner) von immerhin 11,04 DM, bei den Rentnern dagegen von nur 5,35 DM.

Progressiv steigende Verwaltungskosten

Um die von den RVO-Kassen geforderten Leistungen erbringen zu können, müssen gewisse Betriebsaufwendungen in Kauf genommen werden, die von der Einzelleistung unabhängig sind. Es sind dies Schuldzinsen und Verluste aus Vermögensanlagen, mögliche Defizite der Eigenbetriebe, Verluste durch Wertminderung der Aktiva oder Wert-



steigerung der Passiva und vor allem aber Verwaltungskosten, wie Personal- und Sachkosten der Kassen, Kosten der Rechtsverfolgung, Vergütungen an Dritte für Verwaltungsarbeiten. Von Dritten erstattete Verwaltungskosten vermindern die Ge-

Vermögensaufwendungen, Verwaltungskosten und sonstige Aufwendungen der RVO-Kassen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz nach Kassenarten 1967 und 1970

Art der Aufwendungen	1967					1970				
	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-
		krankenkassen					krankenkassen			
1 000 DM										
Schuldzinsen und Verluste aus Vermögensanlagen	96	95	-	0	1	654	564	-	1	89
Rechnungsmäßiges Defizit der Eigenbetriebe	-	-	-	-	-	45	45	-	-	-
Verluste durch Wertminderung der Aktiva	35	6	-	14	14	312	153	-	137	22
Verluste durch Wertsteigerung der Passiva	2 371	2 371	-	-	-	700	700	-	-	-
Verwaltungskosten der Krankenversicherung	31 525	29 455	156	122	1 791	39 587	36 790	185	217	2 395
Persönliche Verwaltungskosten	32 245	30 437	120	0	1 687	43 140	40 594	166	0	2 380
Sächliche Verwaltungskosten	7 155	6 463	44	170	479	9 137	8 108	32	302	695
Laufende Kosten der Organe	205	180	4	3	17	389	345	5	7	32
Vergütungen an Andere für Verwaltungsarbeiten	1 090	727	9	257	97	1 630	1 088	12	383	147
Kosten der Rechtsverfolgung	75	60	0	3	11	87	72	0	4	11
Von Anderen erstattete Verwaltungskosten	- 9 440	- 8 413	- 20	- 506	- 501	- 14 943	- 13 417	- 30	- 662	- 834
Sonstige Aufwendungen	1 042	820	5	147	69	1 611	1 315	4	199	93
Insgesamt	35 069	32 748	162	284	1 875	42 909	39 567	189	555	2 598

samtsumme dieser Aufwendungen, welche sich 1967 auf 35,1 Mill. DM, 1970 aber schon auf 42,9 Mill. DM belief. Gehaltserhöhungen, Verteuerung der Sachkosten für Büromaterial und Mieten, höhere Schuldzinsen und Wertminderung der Aktiva führten zu diesem Ergebnis. Die Verluste durch Wertsteigerung der Passiva fielen dagegen von 2,4 Mill. DM im Jahre 1967 auf 0,7 Mill. DM. Auch die Erstattung von Verwaltungskosten durch Dritte stieg von 9,4 Mill. DM 1967 auf 14,9 Mill. DM 1970, so daß von hier aus eine kostendämpfende Wirkung ausging.

Schließlich sind noch die sonstigen Aufwendungen zu erwähnen, welche ebenfalls zu den Betriebsausgaben zählen. Sie stellen eine Residualgröße dar und umfassen ein Konglomerat von Aufwendungen, welche sich den übrigen Positionen nicht zuordnen lassen, zum Beispiel Kosten im Zusammenhang mit der Auflösung oder Zusammenlegung von Kassen oder an Versorgungskassen gezahlte Umlagen für

die Pensionssicherung der Dienstordnungs-Angestellten. Ihr ziemlich starker Anstieg im Jahre 1968 und später (bis 1970 um 100%) beruht im wesentlichen darauf, daß nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom Januar 1968 den Trägern der Rentenversicherung zu Unrecht erstattete Beträge zur Krankenversicherung der Rentner zurückgegeben werden mußten. Außerdem wurden von den Land- und Innungskrankenkassen auf Empfehlung der Verbände Umlagen für den Bau einer Verwaltungsschule gebucht und schließlich erhielten die erwähnten Pensionsumlagen immer größere Bedeutung, weil sich mehr und mehr Krankenkassen den Versorgungskassen anschlossen. Vorher hatten besonders die Orts- und Innungskrankenkassen weitgehend in eigener Regie Pensionsrückstellungen vorgenommen. Sie erschienen bei der Vermögensaufstellung unter den Passiva und gingen in den letzten Jahren mehr und mehr zurück.

Dr. P. Baron

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1969

Abwasserbeseitigung ein besonderes Problem des Umweltschutzes

Aus dem Tatbestand, daß unsere oberirdischen Gewässer gleichzeitig der Wasserversorgung und der Einleitung von Abwasser dienen, ergibt sich für die Abwasserbeseitigung eine gewisse Sonderstellung innerhalb der Problematik des Umweltschutzes, denn Wasser ist nicht künstlich vermehrbar, aber als Nahrungsmittel sowie industrieller Roh- und Hilfsstoff im Fertigungsprozeß unentbehrlich. Aufgrund von Prognosen kann angenommen werden, daß in absehbarer Zeit in verstärktem Maße auf Oberflächenwasser (Direktentnahme aus oberirdischen Gewässern) als Trink- und Brauchwasser zurückgegriffen werden muß, da das Quell- und Grundwasser, insbesondere in wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Ballungsräumen, bald nicht mehr ausreichen wird, den steigenden Bedarf zu decken. Hierbei ist zu beachten, daß das Uferfiltrat und das künstlich angereicherte Grundwasser, das seinem Charakter nach eher dem Oberflächenwasser zuzurechnen ist, bereits heute einen großen Anteil am Grundwasser einnimmt. Geht man also davon aus, daß künftig unsere oberirdischen Gewässer in verstärktem Maße der Wasserversorgung, insbesondere als Trinkwasser, dienen werden, muß eine ausreichende Reinigung der Abwässer eintreten, die in diese Gewässer geleitet werden. Quellen der Gütebeeinträchtigung sind hierbei vor allem industrielle und häusliche Abwässer mit zahlreich auftretenden sauerstoffzehrenden organischen und anorganischen Stoffen chemischer Herkunft, die oft schon in sehr geringer Konzentration gesundheitsschädlich für Mensch und Tier sind. Neben der Trink- und Brauchwasserversorgung sind vor al-

lem auch Fischerei, Landschaftsschutz und der Erholungswert für den Menschen von der Verschmutzung der Gewässer betroffen.

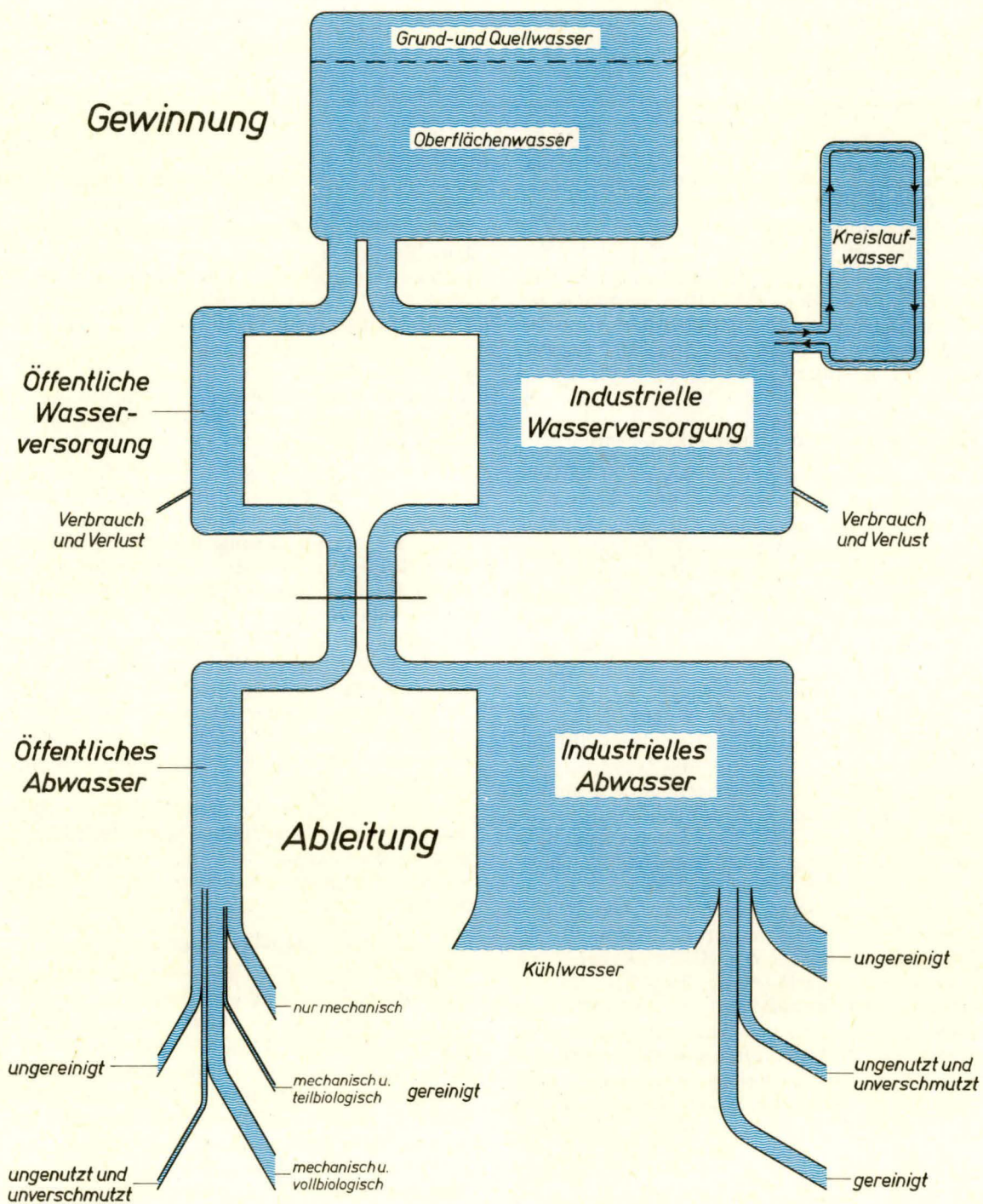
Unter diesem Aspekt gewinnen die Erhebungen über die öffentliche und industrielle Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die in sechs- bzw. zweijährigem Turnus durchgeführt werden, an Bedeutung. Im Anschluß an die Darstellung der Ergebnisse über die kommunale Wasserversorgung¹⁾ sollen deshalb im vorliegenden Beitrag die Daten der öffentlichen Abwasserbeseitigung für das Jahr 1969 kommentiert werden. Im öffentlichen Abwasserwesen ist es erfahrungsgemäß kaum möglich, zuverlässige quantitative Angaben über das gesamte in die Sammelkanalisation eingeleitete Abwasser zu erhalten. Um die Verhältnisse in den Gemeinden dennoch beurteilen zu können, wird im allgemeinen von der Zahl der Einwohner ausgegangen, deren Haushalte an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind. Für die Kläranlagen können jedoch die gereinigten Abwassermengen (als Teil des gesamten Abwassers) angegeben werden, die sich nicht nur auf das häusliche Abwasser beziehen, sondern auch das in die öffentliche Sammelkanalisation gelangende Abwasser der gewerblichen Wirtschaft und sonstiger Institutionen umfassen.

Nur 7% des Abwassers werden biologisch geklärt

Unter Zugrundelegung dieser Angaben und derjenigen aus der Zusatzerhebung zum Industriebericht über die Ableitung von Industrieabwasser, das nicht in das öffentliche Netz gelangt, sowie mit Hilfe der Daten über die Wasserabgabe an Letztverbraucher, sonstige Institutionen und für öffentliche Zwecke aus der Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung, läßt sich ein Abwasseranfall für Rheinland-Pfalz von rund 1,5 Mrd. cbm im Jahre 1969 schätzen. Von diesem Abwasser entfielen allein rund zwei Drittel auf Kühlwasser im Fabrika-

¹⁾ N. Haueisen: Öffentliche Wasserversorgung 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 24, Heft 11, November 1971.

Bilanz der öffentlichen und industriellen Wassergewinnung und Wasserableitung 1969



Gemeinde- größenklasse	Gemeinden							Kläranlagen	
	ins- gesamt	ohne Sammelkanalisation		mit Sammelkanalisation				ins- gesamt	gemeinde- eigen
		1963	1969	zu- sammen	betrieben von		mit Klär- anlagen		
					Gemeinde	Verband			
unter 2 000 Einw.	2 262	1 166	819	1 443	1 438	5	516	544	537
2 000 - 5 000 "	182	29	21	161	158	3	84	100	92
5 000 - 10 000 "	64	1	-	64	63	1	43	50	48
10 000 - 20 000 "	16	-	-	16	16	-	12	20	18
20 000 - 50 000 "	11	-	-	11	11	-	10	23	20
50 000 - 100 000 "	5	-	-	5	5	-	5	15	15
100 000 und mehr "	4	-	-	4	4	-	4	11	10
Insgesamt	2 544	1 196	840	1 704	1 695	9	674	763	740

tionsprozeß, das hier einer Verschmutzung in aller Regel nicht unterliegt. Von den restlichen 0,5 Mrd. cbm wurde ungefähr die Hälfte ohne Reinigung in Gewässer oder den Untergrund geleitet. Unter den geklärten Abwassermengen sind die nur mechanisch behandelten inbegriffen, vermutlich nochmals die Hälfte dieser Menge, so daß letztlich nur rund 100 Mill. cbm, also etwa 7% des gesamten Abwasseranfalls, einer biologischen Reinigung unterzogen wurden.

Noch 840 Gemeinden ohne Sammelkanalisation

Nicht alle Gemeinden, die 1969 eine öffentliche Wasserversorgung betrieben, verfügten auch über ein unterirdisches Kanalsystem für die Ableitung des Abwassers. Während nur 32 Gemeinden kein zentrales öffentliches Wasserverteilungssystem besaßen, so daß insgesamt bereits 99,4% der Wohnbevölkerung zentral mit Wasser beliefert wurden, gab es noch 840 Gemeinden (33,0%) ohne Sammelkanalisation, und von nur 76,5% der Wohnbevölkerung des Landes wurde das Abwasser zentral abgeleitet. Von dem Viertel der Wohnbevölkerung (23,5%), dem kein öffentliches Kanalnetz für die Abwasserbeseitigung zur Verfügung stand, wohnte ungefähr die Hälfte in Gemeinden ohne Sammelkanalisation (10,3% der Gesamtbevölkerung). Die Wohnungen der anderen Hälfte (13,2%) waren noch nicht an die kommunale Kanalisation angeschlossen, obwohl in diesen Gemeinden bereits Kanäle für die Abwasserableitung vorhanden waren. Insgesamt konnten von 85,2% der Einwohner dieser Gemeinden die Abwässer der Sammelkanalisation zugeführt werden, für 14,8% der Bevölkerung dieser Gemeinden mit Kanalisation bestand 1969 kein Gebäudeanschluß an das öffentliche Netz. Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung 1968 verfügten 41% der rheinland-pfälzischen Wohnungen über keinen Anschluß an eine Sammelkanalisation, und zwar überwiegend in Streusiedlungen der städtischen Randgebiete und ländlichen Bezirken. In drei Fünfteln dieser Fälle (25% aller Wohnungen) war wenigstens eine Hauskläranlage installiert.

Wenn also 1969 im Landesdurchschnitt das Abwasser von rund einem Viertel der Bevölkerung nicht über die öffentliche Kanalisation abgeleitet wurde, so war dies vor allem auf kleinere Gemein-

den mit ländlichem Charakter zurückzuführen. Während in allen Klein-, Mittel- und Großstädten (Gemeinden ab 5 000 Einwohner) 1969 eine Sammelkanalisation vorhanden war, bestand in 21 Landstädten mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern und in 819 ländlichen Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern noch kein Kanalnetz. Von den Landstädten ohne öffentliche Kanalisation lag hierbei, gemessen an den Einwohnern, weitaus der größte Teil an der unteren Grenze der Größenklasse (14 mit 2 000 bis 2 500 Einwohnern), in 5 wohnten 2 500 bis 3 000 Einwohner und in je einer etwas mehr als 3 000 bzw. 4 000 Einwohner. Daß die meisten Gemeinden ohne Kanalisation unter den Kleinstgemeinden vorzufinden sind, wird auch durch die weitere Untergliederung der Größenklasse unter 2 000 Einwohner bestätigt, denn in 281 Gemeinden dieser Größenklasse wohnten weniger als 200 Einwohner, in 315 zwischen 200 und 500, in 164 Gemeinden 500 bis 1 000 und in 59 Gemeinden 1 000 bis 2 000 Einwohner. Von den 1,207 Mill. Personen in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern verfügten 59,1% über einen Abwasseranschluß ihrer Wohnung an das öffentliche Kanalnetz, in den Landstädten waren es bereits 72,3%. In den Klein-, Mittel- und Großstädten ab 5 000 Einwohnern war der Versorgungsgrad durch eine Sammelkanalisation mit mehr als 80% überdurchschnittlich hoch, in den Städten mit 20 000 bis unter 50 000 bzw. 100 000 und mehr Einwohnern lag er bei 92,2 bzw. 96,3%.

289 vollbiologische Kläranlagen

Um in den oberirdischen Gewässern das biologische Gleichgewicht zu erhalten, ist entscheidend, in welchem Zustand die Abwässer diesen zugeführt werden. Von den 1 704 Gemeinden mit zentraler Kanalisation betrieben 1969 nur 674 Gemeinden (39,6%) eine oder mehrere Kläranlagen. Hinzu kommen noch 23 Abwasserverbände, die Kläranlagen zur Abwasserreinigung unterhielten. Insgesamt bestanden in diesen Institutionen 763 Kläranlagen. Von den 2,798 Mill. Einwohnern, deren Abwässer 1969 in eine Sammelkanalisation geleitet wurden, flossen die Abwässer von 57,1% einer gemeindeeigenen und von 5,3% einer verbandseigenen Kläranlage zu, so daß von insgesamt 62,4% der Wohnbevölkerung in Gemeinden mit Sammelkanalisa-

Gemeinde- größenklasse	Wohn- bevöl- kerung	Einwohner, deren Haushalte an eine Sammelkanalisation ... sind								
		angeschlossen						nicht angeschlossen		
		Zuführung zur Kläranlage			Ableitung in ein Gewässer 1)			Anteil an Wohnbevölkerung		
		zu- sammen	zu- sammen	Anteil an der durch Sammel- kanalisation versorgten Wohn- bevölkerung	zu- sammen	zu- sammen	Anteil an der Ge- meinden mit Klär- anlagen	zu- sammen	zu- sammen	der Ge- meinden mit Sammel- kanali- sation
		Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
unter 2 000 Einw.	1 207 490	713 199	331 492	46,5	381 707	31,6	1,5	494 291	40,9	13,9
2 000 - 5 000 "	538 115	389 077	256 722	66,0	132 355	24,6	0,2	149 038	27,7	18,2
5 000 - 10 000 "	429 786	366 364	233 597	63,8	132 767	30,9	12,7	63 422	14,8	14,8
10 000 - 20 000 "	211 555	171 727	138 807	80,8	32 920	15,6	8,2	39 828	18,8	18,8
20 000 - 50 000 "	348 326	320 985	259 741	80,9	61 244	17,6	18,2	27 341	7,8	7,8
50 000 - 100 000 "	348 458	282 274	230 420	81,6	51 854	14,9	33,9	66 184	19,0	19,0
100 000 und mehr "	575 734	554 233	295 728	53,4	258 505	44,9	48,6	21 501	3,7	3,7
I n s g e s a m t	3 659 464	2 797 859	1 746 507	62,4	1 051 352	28,7	15,1	861 605	23,5	13,2

1) Einschl. Abgabe an sonstige Institutionen.

tion, das sind nur 47,8% der Gesamtbevölkerung, das Abwasser in kommunalen Kläranlagen gereinigt wurde (1,747 Mill. Einwohner).

Der Anteil der Einwohner, deren Abwasser in Kläranlagen gereinigt wurden, an der Gesamtbevölkerung war 1969 in den ländlichen Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern mit rund einem Viertel (27,5%) am kleinsten. Durchschnittlich groß war diese Quote in den Landstädten mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern (47,7%). Am höchsten war der Versorgungsgrad durch Kläranlagen in den Mittelstädten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern (74,6%) und 50 000 bis 100 000 Einwohnern (66,1%). In den vier Großstädten belief sich der Anteil der gereinigten Abwässer, gemessen an der Wohnbevölkerung, auf 51,4%. Die Übernahme von Abwasser in verbandseigene Kläranlagen spielt nur in den Gemeindegrößenklassen 10 000 bis 20 000 Einwohner (15,6% der Wohnbevölkerung in Gemeinden mit einer öffentlichen Sammelkanalisation) und 2 000 bis 5 000 Einwohner (11,2%) eine gewisse Rolle. Die kleinen Quoten in den anderen Größenklassen sind bemerkenswert, da angenommen werden kann, daß gerade auf dem Gebiet der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung aufgrund der hohen Investitionsaufwendungen eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden unerlässlich erscheint.

Das insgesamt gereinigte Abwasser von durchschnittlich täglich 394 000 cbm bei Trockenwetter, das sind jährlich rund 144 Mill. cbm, bestand zu drei Fünfteln (60,7%) aus häuslichem und kleingewerblichem Abwasser, zu einem Fünftel aus industriellem Abwasser, das vor der Zuleitung in die kommunale Sammelkanalisation vielfach noch einer Vorbehandlung unterzogen wird, und zu einem Fünftel aus abzuleitendem Grund- und Bachwasser, das im allgemeinen keine nennenswerten Schmutzbestandteile enthält. Je Kopf der Bevölkerung, soweit deren Abwässer Kläranlagen zugeleitet wurde, wurden 1969 täglich durchschnittlich 225 Liter gereinigt. Die Behandlung des Abwassers in den ge-

meinde- und verbandseigenen Kläranlagen erfolgte 1969 in 433 Fällen (57%) zu 46,5% (183 000 cbm täglich) nach dem mechanischen Verfahren. Eine solche mechanische Reinigung liegt vor, wenn im Schmutzwasser enthaltene absetzbare Stoffe in Klär- oder Absetzbecken abgelagert werden, wobei jedoch der alleinige Betrieb von Rechen- oder Siebanlagen nicht als mechanische Klärung anzusehen ist.

Diese Abwasserbehandlung ist angesichts der Verschmutzung der Abwässer mit den vielfältigsten organischen und anorganischen Stoffen nicht ausreichend, weshalb eine biologische Reinigung mit Belebtschlammanlagen folgen muß. Eine solche Klärung wird teilweise jedoch nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bereits heute wiederum als ungenügend angesehen und deshalb vermutlich mit der Zeit durch eine chemisch-physikalische Reinigung ergänzt. 1969 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 289 Kläranlagen (38%) nach einem kombinierten mechanischen und vollbiologischen Verfahren (51,1% der gereinigten Abwassermengen). Der technische Reinigungsprozeß besteht hierbei darin, daß das Abwasser mit einer Mischbiozönose bei gleichzeitiger Sauerstoffzufuhr vermengt wird (Belebtschlammanlagen). Mikroorganismen verwerten die Schmutzstoffe als Nahrung, wobei die Ausscheidungen des einen den anderen als Nahrung dienen. Je nach Verfahrensführung und Aufwand kann über diesen Stoffwechsel- und Veratmungsprozeß von Kleinlebewesen (chemische Verbindungen aus Kohlenstoff, Stickstoff und Wasserstoff mit Sauerstoff) bis zu Trinkwasserqualität gereinigt werden, wobei im Anschluß daran die Gewässer selbst die Schlußreinigung des vorgereinigten Abwassers übernehmen.

41 Kläranlagen arbeiteten 1969 lediglich mechanisch und teilbiologisch, wobei die Reinigungsleistung unter 75% der Rohwasserbelastung bleibt oder überhaupt nur ein Teil des Abwassers biologisch gereinigt wird. Mit diesem Verfahren wurden

Gemeinde- größenklasse	Kläranlagen				Gereinigte Abwassermenge						
	ins- gesamt	Art der Reinigung			ins- gesamt	je Klär- anlage	Art des Abwassers		Art der Reinigung		
		nur mecha- nisch	mecha- nisch und teilbio- logisch	mecha- nisch und vollbio- logisch			häuslich und kleinge- werblich	indu- striell	nur mecha- nisch	mecha- nisch und teilbio- logisch	mecha- nisch und vollbio- logisch
Anzahl				cbm pro Tag		%					
unter 2 000 Einw.	544	336	31	177	35 545	65	91,2	2,8	48,6	3,0	48,4
2 000 - 5 000 "	100	37	4	59	31 066	311	86,6	7,3	32,0	4,0	64,0
5 000 - 10 000 "	50	22	2	26	43 702	874	78,8	19,1	40,1	3,9	56,0
10 000 - 20 000 "	20	11	1	8	38 246	1 912	66,8	19,6	62,8	5,0	32,2
20 000 - 50 000 "	23	11	2	10	73 790	3 208	65,4	31,7	35,9	2,4	61,7
50 000 - 100 000 "	15	6	1	8	107 304	7 154	30,7	13,3	22,4	1,7	75,9
100 000 und mehr "	11	10	-	1	64 393	5 854	60,2	34,1	99,5	-	0,5
I n s g e s a m t	763	433	41	289	394 046	516	60,7	20,0	46,5	2,4	51,1

nur 2,4% der gesamten geklärten Abwassermenge behandelt. Ein Problem bei all diesen Reinigungsverfahren ergibt sich aus der Verwertung der im Klärprozeß sich absetzenden Materialien (Klärschlamm), der bereits heute ein Großteil des festen Abfalls in den Deponien ausmacht, womit ein weiteres aktuelles Problem der Umweltverschmutzung angesprochen wird. In den Mittel-, Land- und einigen Kleinstädten (5 000 bis 10 000 Einwohner) ist der Einsatz von vollbiologischen Kläranlagen bereits überdurchschnittlich groß, denn dort wurden 1969 durchweg mehr als 55% der gereinigten Abwassermenge vollbiologisch behandelt (Größenklasse 50 000 bis 100 000 Einwohner: 75,9%). Dagegen wird fast das gesamte gereinigte Abwasser der Großstädte (99,5%) noch mechanisch gesäubert und in ländlichen Gemeinden nur 48,4% der in die Kläranlagen gelangenden Abwassermenge nach dem vollbiologischen Verfahren gereinigt.

Fortschritte in der Kanalisation und Abwasserreinigung gegenüber 1963 und 1957

Während im Jahr 1969 ein Drittel der Gemeinden (33,0%) kein zentrales Kanalsystem zur Abwasserableitung besaß, waren es 1963 noch 41% der Gemeinden. Daher konnte man 1969 bereits die Abwässer von mehr als drei Vierteln (76,5%) der Einwohner einer Sammelkanalisation zuführen, gegenüber zwei Dritteln 1963 (67,0%) und nur etwas mehr als der Hälfte 1957 (55%). Bezogen auf die Zahl der Einwohner in Gemeinden mit öffentlicher Kanalisation beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 85% (1969), 81% (1963) und 75% (1957). 1957 fehlten also Anschlüsse zur Abwasserableitung der Wohnungen von einem Viertel der Einwohner der Gemeinden mit Sammelkanalisation, 1963 war es rund ein Fünftel und 1969 nur etwas mehr als ein Siebtel.

Diese Zahlen zeigen auf, daß seit 1963 bzw. 1957 eine Vielzahl von Gemeinden, und zwar insbesondere kleinere Ortschaften mit ländlichem Charakter, eine Sammelkanalisation gebaut oder ausgebaut haben. Aber der von 1963 bis 1969 erzielte Fortschritt im Abwasserwesen zeigt sich nicht nur

darin, daß die Zahl der Gemeinden ohne Sammelkanalisation um rund 30% abgenommen hat, wichtiger für die Erhaltung von Sauberkeit und Gesundheit der Gewässer ist der Ausbau der Abwasserreinigung. Während im Jahr 1957 nur die Abwässer von 18% der Einwohner geklärt werden konnten, erhöhte sich dieser Anteil 1963 auf knapp 29% und erreichte 1969 eine Höhe von 48%. Bezogen auf die Zahl der Einwohner der Gemeinden mit Sammelkanalisation beliefen sich die Anteile auf 25, 35 und 63%. 1963 gab es 473 Kläranlagen, 1969 waren es 763, die sich nach neuesten Angaben 1971 auf 840 erhöhten. Der Versorgungsgrad durch Kläranlagen stieg damit 1971 auf rund 53% der Wohnbevölkerung.

Die gereinigte Abwassermenge stieg von 152 000 cbm im Tagesdurchschnitt 1957 auf 241 000 cbm 1963 (+ 59%) und 394 000 cbm 1969 (+ 63%). Der Vergleich nach den Behandlungsarten zeigt, daß die vollbiologisch geklärte Abwassermenge sich gegenüber 1963 verdreifachte (+ 330%), während der Anstieg der nur mechanisch gereinigten Abwässer mit + 25% nur unterdurchschnittlich war, und die teilbiologische Reinigung sogar um 80% zurückging. Infolgedessen haben sich auch die Anteile der einzelnen Behandlungsarten verschoben: Der Anteil des nur mechanisch gereinigten Abwassers ging von 60,8% im Jahre 1963 auf 46,5% im Jahre 1969 zurück, ebenso derjenige der mechanisch und teilbiologisch geklärten Menge von 19,8 auf 2,4%. Demgegenüber stieg die mechanisch und vollbiologisch behandelte Menge anteilig von 19,4 auf 51,1%. Diese prozentuale Aufteilung zeigt, daß der Einsatz von Kläranlagen mit nur mechanischer Reinigung zwar noch bedeutend, derjenige der mechanisch und vollbiologisch arbeitenden Reinigungsanlagen aber stark im Fortschritt begriffen ist, während die Verwendung von Anlagen mechanischer und teilbiologischer Behandlungsart nur vorübergehend von Bedeutung ist, wenn aus bestimmten Gründen die vollbiologische Reinigung nicht erreicht werden kann.

Diplom-Volkswirt N. Haueisen

Beteiligung am Erwerbsleben 1971

Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung während der letzten zehn Jahre weist zwei besondere altersspezifische Merkmale auf: eine starke Abnahme der Erwerbsquote der 15- bis 20jährigen Jugendlichen um ungefähr ein Fünftel und eine Abnahme der Quote der 60- bis 65jährigen um denselben Anteil. Bildungspolitische Maßnahmen - hier insbesondere die Einführung des neunten Pflichtschuljahres in den Hauptschulen - auf der einen, eine zunehmende Frühinvalidität und die Herabsetzung des rentenbezugsfähigen Alters auf der anderen Seite sind als hauptsächliche Gründe für diese Entwicklung zu nennen.

Nur noch 42 von 100 Rheinland-Pfälzern erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus standen im April 1971 von den 3,633 Mill. Rheinland-Pfälzern 1,524 Mill. im Erwerbsleben, nahmen also in irgendeiner Form am wirtschaftlichen Geschehen aktiv teil, ohne Rücksicht auf die Bedeutung der Arbeit für den Lebensunterhalt und ungeachtet dessen, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt wurde. Die meisten dieser Erwerbspersonen, nämlich 0,967 Mill. oder 63,4%, waren Männer. Gut jeder dritte Arbeitsplatz wurde von einer Frau eingenommen. Bezieht man die Erwerbspersonen auf die gesamte Wohnbevölkerung, so errechnet sich eine Erwerbsquote von 42,0%, die noch ein wenig geringer ist als die des Vorjahres und den niedrigsten Wert seit Bestehen des Landes darstellt. 1950 hatte die Erwerbsquote gut 49%, 1961 noch 47% betragen. Ein immer geringerer Teil der Bevölkerung beteiligt sich damit am Erwerbsleben und trägt somit zur Erstellung des Sozialprodukts bei.

Diese Entwicklung hat ihren wesentlichen Grund im Nachlassen der Arbeitswilligkeit, genauer gesagt der Erwerbsbereitschaft bestimmter Gruppen der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen, insbesondere der 15- bis 25jährigen, die in verstärktem Maße eine längere und bessere Schulausbildung genießen, ist jedoch auch auf die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. Der prozentuale Anteil der unter 15jährigen Kinder an der Gesamtbevölkerung nahm nämlich in den 50er und 60er Jahren geringfügig, der der alten, nicht mehr erwerbsfähigen Menschen sogar stärker zu. Dies alles bewirkt, daß ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung für eine immer größere Zahl von Menschen den Lebensunterhalt mitbestreiten muß. So ist die Belastungsquote, das ist die auf 100 Erwerbspersonen entfallende Zahl der Nichterwerbspersonen, im April 1971 auf 138 angestiegen und übertrifft damit die Quote von 1961 um 28, die des Jahres 1950 sogar um 36 Personen.

Von den Männern arbeiten 56%

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen weicht naturgemäß stark von derjenigen der Männer ab. Während sich 56,2% aller männlichen Personen im April 1971 am Erwerbsleben beteiligten, errechnete sich für die weibliche Bevölkerung eine Quote

von nur 29,1%. Im Laufe der vorangegangenen zehn Jahre nahm die Erwerbsquote der Männer um nahezu 6, die der Frauen um 4 Prozentpunkte ab. Wegen ihrer besonderen sozialen Stellung ist bei Frauen der Grad der Erwerbsbeteiligung nicht nur, wie das bei den Männern der Fall ist, vom Alter abhängig, sondern er weist auch zusätzliche Unterschiede je nach Familienstand auf. Erreichte im Berichtsmonat die Erwerbsquote aller über 15jährigen Männer 76,0%, so betrug die Quote der gleichaltrigen nichtverheirateten Frauen 41,0%, die der verheirateten Frauen nur 35,0%. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß trotz des genannten allgemeinen Rückgangs der Erwerbsbeteiligung der Frau in den 60er Jahren die Erwerbsquote der verheirateten Frauen während der vergangenen zehn Jahre mit rund 35% nahezu konstant geblieben ist.

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht,
Familienstand und Beteiligung am Erwerbsleben im April 1971

Altersgruppe	Ins- gesamt	Männ- lich	Weiblich		
			zu- sammen	ver- heiratet	nicht ver- heiratet
Wohnbevölkerung ¹⁾ (1 000)					
unter 15 Jahre	876	450	426	-	426
15 - 20 "	279	147	133	6	127
20 - 25 "	205	94	111	64	47
25 - 30 "	186	93	93	79	14
30 - 35 "	277	139	138	126	12
35 - 40 "	248	129	119	108	11
40 - 45 "	235	120	115	99	16
45 - 50 "	236	103	133	109	24
50 - 55 "	166	68	98	73	25
55 - 60 "	189	78	111	70	41
60 - 65 "	218	92	126	71	55
65 Jahre und älter	519	206	313	103	210
Insgesamt	3 633	1 718	1 915	907	1 008
Erwerbspersonen ¹⁾ (1 000)					
unter 15 Jahre	.	.	.	-	.
15 - 20 "	173	92	81	.	78
20 - 25 "	155	80	75	35	40
25 - 30 "	134	88	47	34	13
30 - 35 "	192	136	57	46	11
35 - 40 "	180	127	53	45	9
40 - 45 "	168	117	51	38	12
45 - 50 "	158	96	62	45	17
50 - 55 "	103	62	41	27	15
55 - 60 "	105	67	39	22	17
60 - 65 "	90	62	27	15	12
65 Jahre und älter	64	40	25	9	16
Insgesamt	1 524	967	558	317	241
Erwerbsbeteiligung (%)					
unter 15 Jahre	.	.	.	-	.
15 - 20 "	62	63	61	.	61
20 - 25 "	76	85	68	55	85
25 - 30 "	72	95	51	43	93
30 - 35 "	69	98	41	37	92
35 - 40 "	73	98	45	42	82
40 - 45 "	71	98	44	38	75
45 - 50 "	67	93	47	41	71
50 - 55 "	62	91	42	37	60
55 - 60 "	56	86	35	31	41
60 - 65 "	41	67	21	21	22
65 Jahre und älter	12	19	8	9	8
Insgesamt	42	56	29	35	24

1) Ohne Soldaten.

Jahr	Bevöl- kerung ins- gesamt	Im Alter von ... Jahren											
		15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 - 55	55 - 60	60 - 65	65 - 70	70 und älter
		Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %											
Männer													
1962	62,0	76,6	88,5	96,3	96,9	97,3	96,4	96,5	92,0	87,2	76,3	42,4	18,5
1963	62,4	75,8	89,6	94,6	97,2	97,3	96,2	96,3	92,6	88,5	79,0	45,8	17,6
1964	60,6	76,6	86,5	95,3	98,2	97,6	96,8	94,9	93,6	88,5	76,4	45,0	19,3
1965	59,7	72,4	85,4	94,3	98,7	98,3	97,2	96,1	93,6	89,0	76,6	39,5	21,7
1966	59,6	71,4	86,9	97,7	99,1	97,9	96,7	95,2	94,7	88,2	79,9	37,5	19,3
1967	58,7	63,9	86,2	97,0	97,8	97,7	96,9	95,6	94,1	89,2	76,2	38,8	19,1
1968	59,3	66,3	89,2	97,2	98,9	98,6	97,6	96,9	94,4	88,1	74,2	41,0	19,7
1969	58,1	65,7	87,5	96,1	98,4	98,7	97,8	96,2	93,6	87,0	70,3	35,6	17,5
1970	56,4	62,2	84,3	95,5	97,8	98,5	97,8	94,3	92,0	86,6	69,7	32,2	12,5
1971	56,2	62,7	85,0	94,6	97,3	98,0	97,3	93,5	90,4	86,1	67,5	28,7	12,1
Frauen													
1962	33,1	73,8	69,0	48,0	48,3	44,4	47,6	42,8	42,8	36,7	29,8	18,8	7,4
1963	33,0	70,3	70,7	50,1	44,9	44,1	46,3	44,3	42,3	37,8	28,9	19,7	8,1
1964	31,9	75,0	67,8	48,2	42,1	45,3	45,6	45,1	41,0	39,8	26,7	19,2	7,9
1965	31,4	73,1	65,3	48,1	41,7	44,9	45,1	47,5	42,0	38,7	27,9	18,2	7,6
1966	31,1	71,0	65,7	47,1	39,2	44,9	45,6	47,2	42,4	36,6	26,9	17,3	7,9
1967	30,0	64,0	65,3	46,7	38,6	41,4	45,2	44,9	43,2	34,4	28,3	19,7	7,2
1968	30,9	63,9	68,0	45,3	41,6	41,8	44,6	47,9	45,3	36,4	27,8	20,6	8,8
1969	30,2	60,8	64,5	46,7	41,8	40,6	44,6	48,1	45,4	38,2	27,0	19,4	8,0
1970	29,2	58,2	67,3	44,6	41,7	42,8	44,0	48,3	42,5	37,4	26,2	13,8	6,2
1971	29,1	60,9	67,5	50,1	41,0	44,7	44,2	46,7	41,8	34,8	21,8	12,2	5,3

Deutliche altersspezifische Differenzierungen

Eine altersspezifische Betrachtung zeigt, daß die Beteiligung am Erwerbsleben bei den 15- bis 20-jährigen Männern und Knaben einerseits, die der gleichaltrigen Frauen und Mädchen andererseits mit 62,7 bzw. 60,9% nahezu gleich groß ist. In der folgenden Altersgruppe der 20- bis 25jährigen, in der viele junge Menschen aus den weiterbildenden Schulen und Hochschulen in das Berufsleben treten, steigen diese Quoten sodann auf 85,0 bzw. 67,5%. Während die Frauen, die in dem genannten Alter größtenteils erst jung verheiratet sind und auch noch keine Mutterpflichten zu erfüllen haben, hier ihren höchsten Grad der Erwerbsbeteiligung aufweisen, steigt die Erwerbsquote der Männer in den folgenden Altersgruppen weiter an, um in der Gruppe der 35- bis 40jährigen mit 98,0% schließlich ihr Maximum zu erreichen. Bei den älteren Männern geht zwar der Anteil der Erwerbspersonen langsam zurück, liegt bei den 50- bis 55jährigen jedoch immer noch

über 90%. Erst in der darauffolgenden Altersgruppe macht sich die Frühinvalidität stärker bemerkbar. Von den 60- bis 65jährigen Männern waren noch zwei Drittel (67,5%), von den 65- bis 70jährigen mehr als ein Viertel (28,7%) erwerbstätig.

Die nach dem Alter differenzierte Erwerbsquote der Frauen weist die Besonderheit auf, daß sie nach ihrem in der Altersgruppe von 20 bis 25 Jahren erreichten Höchstwert (67,5%) zunächst abnimmt (bis auf 41,0% in der Gruppe der 30- bis 35jährigen), dann jedoch, da viele verheiratete Frauen der mittleren Jahrgänge nach dem Aufziehen ihrer Kinder in das Erwerbsleben zurückkehren, wieder ansteigt und in der Gruppe der 45- bis 50jährigen ein neues Maximum erreicht. Von den 60- bis 65jährigen Frauen stand im Berichtsmonat noch jede fünfte, von den 65- bis 70jährigen noch jede achte im Erwerbsleben.

Diplom-Volkswirt H. Jucknat

Löhne und Gehälter der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer 1969

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit machen mehr als zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens aus und bestimmen damit zu einem erheblichen Teil die Entwicklung von Konsum und Spartätigkeit der einzelnen Bevölkerungs- und Berufsgruppen in den verschiedenen Wirtschaftsräumen. Da die Aufgliederung der in den einzelnen Arbeitsstätten ermittelten Lohn- und Gehaltssumme nach branchenmäßigen und regionalen Kategorien infolgedessen sowohl in wirtschaftsstruktureller Sicht als auch im Rahmen raumordnerischer und landesplanerischer

Analysen außerordentlich aufschlußreich ist, wurden 1970 erstmals derartige Angaben in den Erhebungskatalog einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung einbezogen. Insbesondere stellt die Summe der Löhne und Gehälter in einer modernen Volkswirtschaft noch eher als die Zahl der Beschäftigten ein wichtiges Indiz für die räumlichen Auswirkungen von Branchenexpansionen und -rezessionen dar.

Von den Berichtspflichtigen waren jeweils die Brutto-lohn- und Gehaltssummen für alle Beschäftigten im

Kalenderjahr 1969 anzugeben, soweit die betreffende Arbeitsstätte 1969 bestanden hatte und dort Arbeitnehmer beschäftigt wurden. Anfängliche Bedenken hinsichtlich einer durch die Aufnahme dieser Daten möglicherweise verursachten Erschwerung des Erhebungsablaufs haben sich angesichts der jetzt vorliegenden Ergebnisse, welche den Aussagewert des gesamten Zählungswerkes wesentlich steigern, als unbegründet erwiesen.

Verarbeitendes Gewerbe weist höchsten Lohn- und Gehaltsanteil auf

Im Jahre 1969 belief sich die Lohn- und Gehaltssumme aller in Rheinland-Pfalz erfaßten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten auf nahezu 12,3 Mrd. DM, wovon mehr als die Hälfte (6,7 Mrd. DM) auf das produzierende Gewerbe entfiel. Innerhalb dieses Bereichs war das verarbeitende Gewerbe mit 5,6 Mrd. DM weitaus am stärksten beteiligt, welches damit 45,2% der gesamten Löhne und Gehälter auf sich vereinigte und unter allen Wirtschaftsabteilungen mit großem Abstand die erste Stelle einnahm. Hierunter wiederum wurden für die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung und für den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit jeweils rund 1,2 Mrd. DM die höchsten Anteile ausgewiesen. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, Handel und Baugewerbe folgten mit 2,4 Mrd. sowie 1,1 Mrd. und 1,0 Mrd. DM bzw. 19,2 sowie 9,3 und 8,4% der rheinland-pfälzischen Lohn- und Gehaltssumme an zweiter, dritter und vierter Stelle.

Die je Arbeitsstätte ermittelte Lohn- und Gehaltssumme war bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (317 000 DM), der Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau (234 000 DM) sowie dem verarbeitenden Gewerbe (187 000 DM) am höchsten, wobei der allgemeine Durchschnitt 84 000 DM betrug. Weit unter diesem Mittelwert lagen die gewerbliche Land- und Forstwirtschaft (14 000 DM), die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen (16 000 DM) und der Handel (25 000 DM). Die beträchtlichen Abweichungen vom Durchschnittsbetrag sind vorwiegend auf die sehr unterschiedlichen Betriebsgrößenverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zurückzuführen. Auch der extrem hohe Wert der für die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung errechneten Lohn- und Gehaltssumme von 4 200 000 DM je Arbeitsstätte findet größtenteils in der Tatsache seine Erklärung, daß dort je Arbeitsstätte durchschnittlich 256 Beschäftigte gezählt wurden, gegenüber einem allgemeinen Mittelwert von 8,9.

Dennoch waren auch bei dem je tätiger Person festgestellten Lohn- und Gehaltsbetrag zwischen den einzelnen Branchen teils beachtliche Unterschiede zu verzeichnen, wobei sich der auf Landesebene ermittelte Durchschnittswert auf etwa 9 500 DM belief. Eine Beschränkung dieses Vergleichs auf die Arbeitnehmer, das heißt unter Ausschluß der tätigen Inhaber und der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, wird erst später möglich sein. Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung lagen mit Lohn- und Gehaltssummen von 14 400 bzw.

Löhne und Gehälter in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1969

Wirtschaftsabteilung Wirtschaftsunterabteilung	Ins- gesamt	Je Arbeits- stätte	Je Be- schäf- tigten
	1 000 DM	DM	
Wirtschaftsabteilungen			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	13 137	14 218	4 204
Produzierendes Gewerbe	6 727 236	165 427	10 409
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	140 478	234 130	14 402
Verarbeitendes Gewerbe	5 550 567	187 247	10 677
Baugewerbe	1 036 191	99 414	8 882
Private Dienstleistungen	2 856 871	30 642	6 603
Handel	1 141 138	24 920	5 687
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	847 654	96 237	11 435
Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe	311 206	74 291	11 169
Dienstleistungen von Unter- nehmen und freien Berufen	556 873	16 168	4 282
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	334 622	84 288	8 911
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	2 361 349	317 087	13 392
Insgesamt	12 293 215	84 062	9 486
Wirtschaftsunterabteilungen			
Landwirtschaftliche Tierhaltung und Dienstleistungen	5 581	10 297	3 655
Hochsee- und Küstenfischerei, gewerbl. Gärtnerei, Tierhaltung	7 556	19 780	4 728
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung	136 686	230 499	14 397
Bergbau	3 792	541 714	14 585
Chemische Industrie und Mineral- ölverarbeitung	1 218 701	4 202 417	16 443
Kunststoff-, Gummi- und Asbest- verarbeitung	219 662	546 423	10 345
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	585 143	310 421	12 321
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	286 087	155 736	10 775
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	1 193 405	348 134	11 253
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw.	532 976	168 824	9 051
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	521 850	104 558	9 226
Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	589 944	103 955	7 882
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	402 799	50 489	7 446
Bauhauptgewerbe	848 920	187 814	9 801
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	187 271	31 725	6 232
Großhandel	569 103	73 093	8 557
Handelsvermittlung	26 584	5 750	2 814
Einzelhandel	545 451	16 339	4 375
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	847 654	96 237	11 435
Kredit- und sonstige Finanzie- rungsinstitute	241 262	107 419	11 907
Versicherungsgewerbe	69 944	35 998	9 202
Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe	118 002	7 521	2 473
Reinigung und Körperpflege	83 351	14 473	3 264
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	82 109	43 444	7 225
Gesundheits- und Veterinärwesen	66 605	14 168	4 027
Rechts- u. Wirtschaftsberatung usw.	159 886	32 583	7 372
Sonstige Dienstleistungen	46 920	31 322	6 519
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	334 622	84 288	8 911
Gebietskörperschaften	2 217 208	313 830	13 392
Sozialversicherung	144 141	377 332	13 384

13 400 DM je Beschäftigten an der Spitze, während für die gewerbliche Land- und Forstwirtschaft sowie die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen mit 4 200 bzw. 4 300 DM die niedrigsten Sätze ausgewiesen wurden. Nach Wirtschaftsunterabteilungen betrachtet, konnte die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung mit einem Wert von über 16 400 DM je tätiger Person

Löhne und Gehälter in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten
nach Verwaltungsbezirken 1969

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Je Ar- beits- stätte	Je Be- schäf- tigten	Je Ein- wohner 1)
	Mill. DM	%	1 000 DM	DM	
Kreisfreie Stadt Koblenz	773	6,3	159	10 684	7 276
Landkreise					
Ahrweiler	269	2,2	58	8 382	2 789
Altenkirchen (Ww.)	341	2,8	82	8 915	2 815
Bad Kreuznach	462	3,8	74	8 648	3 151
Bad Kreuznach, St.	265	2,2	132	9 570	6 199
Birkenfeld	265	2,2	53	7 905	2 771
Idar-Oberstein, St.	159	1,3	75	8 374	3 968
Cochem-Zell	127	1,0	43	7 176	1 878
Mayen-Koblenz	484	3,9	71	8 971	2 170
Andernach, St.	140	1,1	133	10 316	6 250
Neuwied	469	3,8	78	9 242	3 113
Neuwied, St.	275	2,2	107	9 901	8 773
Oberwesterwaldkreis	168	1,4	52	8 004	2 161
Rhein-Hunsrück-Kreis	201	1,6	48	7 505	2 279
Rhein-Lahn-Kreis	289	2,3	57	8 375	2 433
Lahnstein, St.	82	0,7	115	10 240	4 053
Unterwesterwaldkreis	282	2,3	74	9 212	3 311
Reg. Bez. Koblenz	4 129	33,6	72	8 883	2 999
Kreisfreie Stadt Trier	498	4,1	121	9 699	4 815
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	201	1,6	39	6 881	1 857
Bitburg-Prüm	169	1,4	41	7 417	1 753
Daun	113	0,9	40	7 412	2 604
Trier-Saarburg	201	1,6	52	8 110	1 645
Reg. Bez. Trier	1 182	9,6	59	8 244	2 495
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	233	1,9	192	11 211	5 751
Kaiserslautern	575	4,7	146	10 130	5 763
Landau i. d. Pfalz	173	1,4	112	8 699	5 363
Ludwigshafen a. Rhein	1 584	12,9	296	13 929	9 070
Mainz	1 150	9,4	185	11 843	6 509
Neustadt a. d. Weinstr.	197	1,6	83	9 444	3 850
Pirmasens	284	2,3	117	9 571	5 057
Speyer	220	1,8	139	10 178	5 209
Worms	308	2,5	113	9 559	3 951
Zweibrücken	191	1,6	148	9 970	5 796
Landkreise					
Alzey-Worms	131	1,0	36	6 978	1 335
Bad Dürkheim	272	2,2	59	8 673	2 338
Donnersbergkreis	248	1,2	46	8 053	2 194
Germersheim	270	2,2	76	9 277	2 897
Kaiserslautern	154	1,3	43	7 396	1 692
Kusel	135	1,1	40	7 127	1 645
Landau-Bad Bergzabern	189	1,5	42	7 365	1 799
Ludwigshafen	132	1,1	36	7 307	1 118
Mainz-Bingen	384	3,1	71	9 199	2 535
Bingen, St.	111	0,9	94	9 296	4 535
Pirmasens	221	1,8	62	7 753	2 728
Zweibrücken	30	0,2	26	6 648	938
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	6 982	56,8	101	10 152	3 835
Kammerbezirk Rheinhessen	1 973	16,1	110	10 393	3 913
Kammerbezirk Pfalz	5 009	40,7	98	10 060	3 805
Rheinland-Pfalz	12 293	100,0	84	9 486	3 349
Kreisfreie Städte	6 187	50,3	164	11 136	6 223
Landkreise	6 106	49,7	56	8 247	2 281

1) Stand 31. 12. 1969.

die oberste Stelle einnehmen, welcher damit den allgemeinen Durchschnitt um mehr als 70% übertraf. Die geringsten Sätze mußten hingegen in den Bereichen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (2 500 DM) sowie Handelsvermittlung (2 800 DM) verbucht werden, wo der Anteil der tätigen Inhaber erfahrungsgemäß groß ist. Je Einwohner ergab sich auf Landesebene eine Lohn- und Gehaltssumme von 3 349 DM, welche entsprechend der Verteilung der absoluten Beträge wiederum beim verarbeitenden Gewerbe (1 512 DM), bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (643 DM), Handel (311 DM) und beim Baugewerbe (282 DM) am größten war. Die Gliederung nach Wirtschaftsunterabteilungen läßt die höchsten Relationen bei den Gebietskörperschaften (604 DM), der chemischen Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung (332 DM) und beim Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (325 DM) erkennen. Weitaus am schwächsten vertreten waren neben den einzelnen Bereichen der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft noch der Bergbau und die Handelsvermittlung.

Starke Differenzierungen zwischen Stadt- und Landregionen

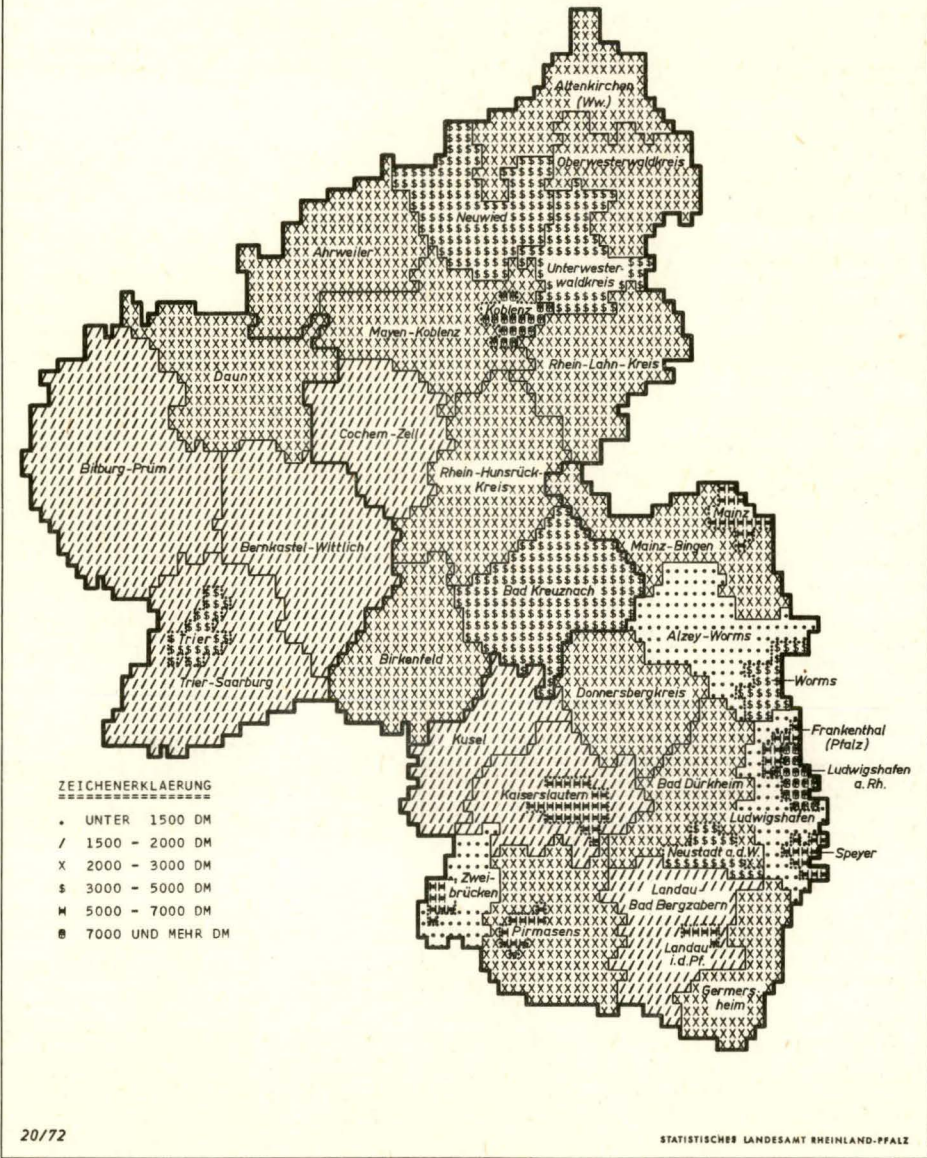
Auch die Aufgliederung der Lohn- und Gehaltszahlen nach regionalen Gesichtspunkten verdeutlicht die bekannten strukturtypischen Unterschiede zwischen städtischen bzw. stadtnahen und abgelegenen Wirtschaftsräumen. Während sich die in Rheinland-Pfalz am 27. Mai 1970 insgesamt erfaßten 146 240 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und 1 295 956 Beschäftigten nur zu annähernd 26 bzw. 43% auf die kreisfreien Städte verteilten, belief sich deren Anteil an der mit 12,3 Mrd. DM bezifferten Lohn- und Gehaltssumme auf über 50%. Dementsprechend entfiel auf die Landkreise mit mehr als 74% der Arbeitsstätten und 57% der tätigen Personen nur knapp die Hälfte der Löhne und Gehälter. Daraus resultieren beträchtliche Differenzen zwischen den für die städtischen und ländlichen Regionen im einzelnen ermittelten Beträgen und Dichterelationen. Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Einkommen der Berufsspendler, die auf dem Lande wohnen und in den Städten arbeiten, in der Lohn- und Gehaltssumme der jeweiligen Stadt einbezogen sind, während die Pendler den Landkreis bevölkerungsmäßig „belasten“. Insofern ist der Erkenntniswert dieser Pro-Kopf-Betrachtung etwas beeinträchtigt.

Unter den kreisfreien Städten konnten die höchsten Lohn- und Gehaltssummen von den fünf Oberzentren des Landes Ludwigshafen (1 584 Mill. DM), Mainz (1 150 Mill. DM), Koblenz (773 Mill. DM), Kaiserslautern (575 Mill. DM) und Trier (498 Mill. DM) verbucht werden. Bei den Landkreisen bewegten sich die absoluten Beträge zwischen 484 Mill. DM im Landkreis Mayen-Koblenz und 30 Mill. DM im Landkreis Zweibrücken. Die je Arbeitsstätte errechneten Löhne und Gehälter beliefen sich bei den kreisfreien Städten auf fast 164 200 DM und erreichten damit nahezu die dreifache Höhe des für die Landkreise ausgewiesenen Betrages von 56 200 DM, was wiederum in erster Linie - aber keinesfalls ausschließlich - auf die unterschiedlichen

Betriebsgrößenverhältnisse zurückzuführen ist (kreisfreie Städte 14,7; Landkreise 6,8 Beschäftigte je Arbeitsstätte). Auch hier bewegten sich die einzelnen Verwaltungsbezirke zwischen den bei der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und dem Landkreis Zweibrücken festgestellten Extremwerten von 295 700 und 25 500 DM je Arbeitsstätte. Die je Beschäftigten festgestellte Lohn- und Gehaltssumme läßt zwar erwartungsgemäß wesentlich ausgeglichene Verhältnisse zwischen Stadt und Land erkennen, wobei aber dennoch von Fall zu Fall mehr oder weniger beträchtliche Unterschiede beobachtet werden konnten (kreisfreie Städte 11 100; Landkreise 8 200 DM je tätiger Person). Demgegenüber ließen die auf die Wohnbevölkerung bezogenen Lohn- und Gehaltssummen zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen bei Sätzen von 6 200 und 2 300 DM je Einwohner wieder stärkere Abweichungen erkennen, was vorwiegend durch die verschiedenartige Erwerbsstruktur in den einzelnen Wirtschaftsräumen bedingt ist. Insgesamt erscheinen die für die urbanen Ballungszonen gegenüber dem flachen Land ermittelten Unterschiede noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß die Werte, welche bezüglich der großen kreisangehörigen Städte festgestellt wurden, in der Regel ebenfalls unverkennbar stadtypische Relationen widerspiegeln.

Die Betrachtung nach den drei administrativen Landesteilen läßt erkennen, daß der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz in seiner Gesamtheit am meisten städtisch geprägt ist, wogegen die Bezirke Trier und Koblenz noch eher ländliche Strukturen aufwiesen. Während auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz 47,2% der Arbeitsstätten, 53,1% der Beschäftigten und 56,8% der Lohn- und Gehaltssumme entfielen, wurden für die Bezirke Trier und Koblenz Anteilsätze von 13,8%, 11,1% und 9,6% bzw. 39,0%, 35,8% und 33,6% errechnet. Dem-

Löhne und Gehälter je Einwohner
der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten
in den Verwaltungsbezirken 1969



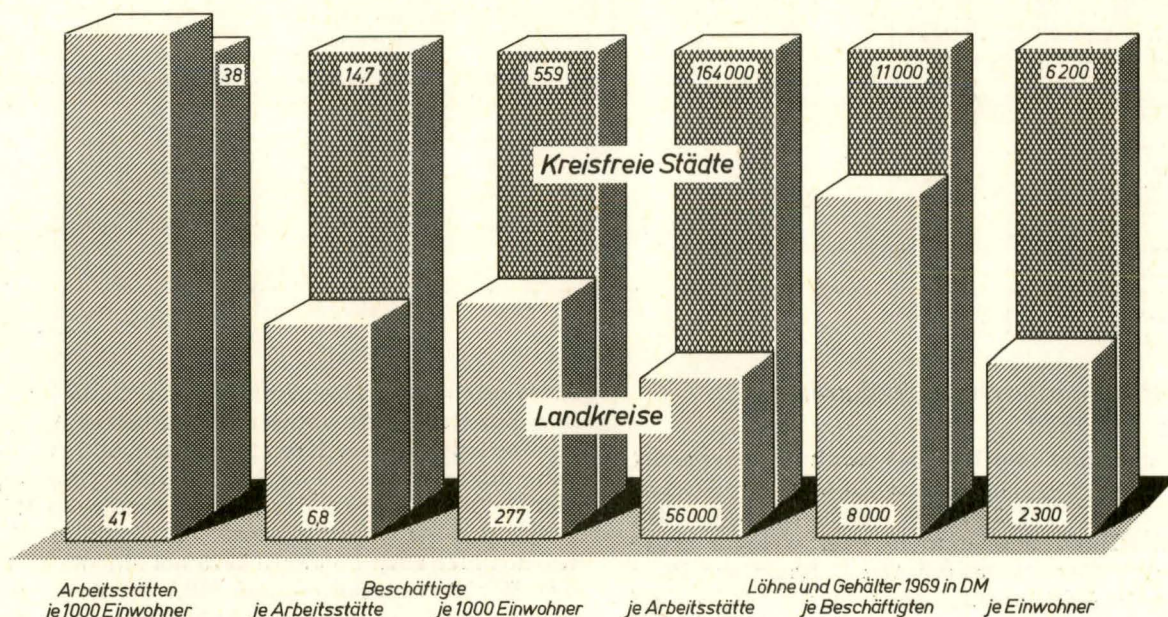
entsprechend konnte Rheinhessen-Pfalz jeweils die höchsten Lohn- und Gehaltswerte von 101 200 DM je Arbeitsstätte, 10 200 DM je tätiger Person und von 3 800 DM je Einwohner verbuchen (Trier: 58 700, 8 200 und 2 500 DM).

Die Verteilung der fachlichen Schwerpunkte in den Verwaltungsbezirken ergibt sich aus der Aufgliederung der Lohn- und Gehaltssumme nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Während im Durchschnitt 45,2% der von heimischen Arbeitsstätten gezahlten Löhne und Gehälter auf das verarbeitende Gewerbe entfielen, waren die höchsten Anteile an diesem Erwerbsbereich für den Landkreis Pirmasens (72,8%), die kreisfreien Städte Ludwigshafen (71,2%) und Frankenthal (71,0%), für den Land-

Löhne und Gehälter nach Wirtschaftsabteilungen und Verwaltungsbezirken 1969

Verwaltungsbezirk	Land- und Forst- wirt- schaft	Produzierendes Gewerbe				Private Dienstleistungen					Organisationen und Gebietskörperschaften		
		zu- sam- men	Ener- gie- wirt- schaft	Ver- arbei- tendes Ge- werbe	Bau- ge- werbe	zu- sam- men	Handel	Ver- kehr	Kre- dit- insti- tute	Dienst- lei- stungen	zu- sam- men	Orga- nisa- tionen	Ge- biets- körper- schaf- ten und Sozial- vers.
		%											
Kreisfreie Stadt Koblenz	0,3	25,7	1,7	16,4	7,6	36,6	13,4	10,0	5,7	7,5	37,4	2,9	34,5
Landkreise													
Ahrweiler	0,1	49,8	0,5	38,8	10,5	26,6	7,2	7,0	1,8	10,6	23,5	3,6	19,9
Altenkirchen (Ww.)	0,1	67,0	1,0	59,8	6,2	20,2	7,1	9,0	1,4	2,7	12,7	2,0	10,7
Bad Kreuznach	0,0	52,3	1,2	44,0	7,1	25,7	13,7	5,8	2,0	4,2	22,0	5,1	16,9
Bad Kreuznach, St.	0,0	45,7	1,8	38,5	5,4	29,1	16,7	4,9	2,3	5,2	25,2	7,1	18,1
Birkenfeld	0,0	45,7	2,1	34,1	9,5	16,9	7,8	4,2	1,8	3,1	37,4	2,7	34,7
Idar-Oberstein, St.	0,0	54,1	2,4	43,0	8,7	18,3	9,2	4,2	2,0	2,9	27,6	1,4	26,2
Cochem-Zell	0,0	42,2	0,7	28,8	12,7	28,1	11,9	7,6	2,1	6,5	29,7	3,4	26,3
Mayen-Koblenz	0,1	64,9	1,3	53,9	9,7	17,7	8,0	5,6	1,6	2,5	17,3	2,7	14,6
Andernach, St.	0,0	66,2	2,0	58,0	6,2	15,5	6,8	5,0	1,3	2,4	18,3	2,8	15,5
Neuwied	0,2	65,5	1,4	54,9	8,2	20,0	8,7	4,6	1,7	5,0	15,3	3,7	11,6
Neuwied, St.	0,2	60,5	2,1	52,7	5,5	22,4	11,1	4,1	2,0	5,2	17,1	3,4	13,7
Oberwesterwaldkreis	0,1	64,9	0,7	50,8	13,4	19,9	7,9	6,9	2,1	3,0	15,1	1,1	14,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	0,1	48,1	0,6	35,7	11,8	23,6	7,3	9,4	2,0	4,9	28,2	3,8	24,4
Rhein-Lahn-Kreis	0,1	49,1	1,6	34,2	13,3	24,7	7,8	10,4	1,4	5,1	26,1	4,5	21,6
Lahnstein, St.	0,0	52,2	2,4	43,2	6,6	29,4	6,9	18,0	1,2	3,3	18,4	2,9	15,5
Unterwesterwaldkreis	0,2	71,3	0,5	62,1	8,7	15,2	6,2	5,3	1,3	2,4	13,3	2,8	10,5
Reg. Bez. Koblenz	0,1	51,9	1,2	41,5	9,2	24,1	9,5	7,2	2,5	4,9	23,9	3,3	20,6
Kreisfreie Stadt Trier	0,1	33,2	1,3	23,9	8,0	39,3	14,6	15,8	3,7	5,2	27,4	5,4	22,0
Landkreise													
Bernkastel-Wittlich	0,1	40,7	1,2	24,4	15,1	27,9	13,9	7,0	2,4	4,6	31,3	2,9	28,4
Bitburg-Prüm	0,0	40,2	0,8	25,1	14,3	22,7	9,5	7,5	2,5	3,2	37,1	4,2	32,9
Daun	0,0	54,4	0,1	41,4	12,9	22,7	6,5	11,4	2,3	2,5	22,9	3,1	19,8
Trier-Saarburg	0,1	63,8	0,5	43,9	19,4	17,2	6,7	6,9	1,8	1,8	18,9	2,7	16,2
Reg. Bez. Trier	0,1	42,7	1,0	29,2	12,5	29,6	11,6	11,2	2,8	4,0	27,6	4,1	23,5
Kreisfreie Städte													
Frankenthal (Pfalz)	0,0	76,0	1,5	71,0	3,5	12,8	5,4	2,8	1,2	3,4	11,2	0,4	10,8
Kaiserslautern	0,0	41,6	0,8	33,9	6,9	29,7	10,7	10,8	2,7	5,5	28,7	1,5	27,2
Landau i. d. Pfalz	0,0	38,5	1,3	28,8	8,4	34,4	17,7	8,5	2,5	5,7	27,1	3,8	23,3
Ludwigshafen a. Rhein	0,1	77,8	1,3	71,2	5,3	14,1	4,5	4,7	1,5	3,4	8,0	1,2	6,8
Mainz	0,1	42,3	1,7	34,4	6,2	31,6	10,4	7,7	5,4	8,1	26,0	3,1	22,9
Neustadt a. d. Weinstr.	0,0	34,7	0,9	27,8	6,0	33,9	13,7	10,2	5,6	4,4	31,4	2,6	28,8
Pirmasens	0,1	54,9	0,8	49,9	4,2	20,2	11,8	3,6	2,0	2,8	24,8	1,3	23,5
Speyer	0,0	52,7	0,6	44,2	7,9	17,8	9,5	2,7	1,8	3,8	29,5	6,6	22,9
Worms	0,0	56,8	1,8	48,4	6,6	22,5	10,8	5,7	2,2	3,8	20,7	2,2	18,5
Zweibrücken	0,0	60,5	1,7	49,8	9,0	13,9	5,5	3,4	1,5	3,5	25,6	2,7	22,9
Landkreise													
Alzey-Worms	0,5	42,7	1,2	28,8	12,7	31,9	19,6	7,0	2,2	3,1	24,9	2,6	22,3
Bad Dürkheim	0,1	56,3	1,1	44,9	10,3	20,8	9,1	4,0	1,9	5,8	22,8	3,0	19,8
Donnersbergkreis	0,2	60,8	0,5	52,4	7,9	14,0	4,6	4,9	2,0	2,5	25,0	2,6	22,4
Germersheim	0,1	72,4	0,5	64,6	7,3	8,7	2,8	3,4	1,2	1,3	18,8	1,0	17,8
Kaiserslautern	0,7	46,2	0,4	28,6	17,2	18,3	7,5	5,7	1,2	3,9	34,8	2,5	32,3
Kusel	0,0	52,8	0,3	39,8	12,7	19,5	8,5	6,2	2,3	2,5	27,7	2,8	24,9
Landau-Bad Bergzabern	0,2	57,3	0,4	45,1	11,8	19,4	9,3	3,8	2,4	3,9	23,1	2,1	21,0
Ludwigshafen	0,0	59,2	1,4	40,0	17,8	26,5	12,8	7,3	2,2	4,2	14,3	2,3	12,0
Mainz-Bingen	0,1	58,8	0,7	50,5	7,6	28,6	15,2	8,2	2,0	3,2	12,5	1,8	10,7
Bingen, St.	0,0	41,5	0,5	36,3	4,7	40,6	18,2	16,4	2,6	3,4	17,9	3,5	14,4
Pirmasens	0,0	79,9	0,3	72,8	6,8	9,5	3,4	3,3	0,8	2,0	10,6	2,2	8,4
Zweibrücken	-	71,2	-	53,3	17,9	13,1	4,1	6,6	1,1	1,3	15,7	2,1	13,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	0,1	58,4	1,1	50,0	7,3	21,6	8,7	6,0	2,5	4,4	19,9	2,2	17,7
Kammerbezirk Rheinhessen	0,1	47,8	1,5	39,2	7,0	29,6	12,0	7,4	4,1	6,1	22,5	2,7	19,8
Kammerbezirk Pfalz	0,1	62,6	1,0	54,2	7,4	18,5	7,5	5,4	1,9	3,7	18,8	2,0	16,8
Rheinland-Pfalz	0,1	54,8	1,2	45,2	8,4	23,2	9,3	6,9	2,5	4,5	21,9	2,7	19,2
Kreisfreie Städte	0,1	51,7	1,4	43,9	6,4	25,6	9,6	7,5	3,3	5,2	22,6	2,5	20,1
Landkreise	0,1	57,8	0,9	46,4	10,5	20,8	8,9	6,3	1,8	3,8	21,3	3,0	18,3

Wirtschaftliche Eckdaten für Arbeitsstätten und Beschäftigung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1970



22/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

kreis Germersheim (64,6%) und den Unterwesterwaldkreis (62,1%) zu verzeichnen. Die entsprechenden Sätze der kreisfreien Städte Mainz (34,4%), Trier (23,9%) und Koblenz (16,4%) bewegten sich dagegen teils beträchtlich unter dem Landesmittel. Im Handel wurden die höchsten Anteile in den Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen mit 19,6 bzw. 15,2% und in den kreisfreien Städten Landau und Trier mit 17,7 bzw. 14,6% erreicht (Durchschnitt 9,3%). Die Spitzensätze im Bereich der Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen errechneten sich für den Landkreis Ahrweiler (10,6%) und die kreisfreien Städte Mainz

(8,1%) und Koblenz (7,5%), wobei der Mittelwert 4,5% betrug. Der auf die Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung entfallende Lohn- und Gehaltsanteil belief sich landesdurchschnittlich auf 19,2% und war bei den Landkreisen Birkenfeld (34,7%), Bitburg-Prüm (32,9%) und Kaiserslautern (32,3%) sowie den kreisfreien Städten Koblenz (34,5%) und Neustadt (28,8%) am größten. Die geringsten Sätze wurden für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen und den Landkreis Pirmasens mit 6,8 bzw. 8,4% registriert.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Bundesländern 1970

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970

Nachdem nunmehr die im Rahmen des Zensus vom 27. Mai 1970 ermittelten Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen des gesamten Bundesgebietes vorliegen, ist es möglich, die für Rheinland-Pfalz festgestellten Bestands- bzw. Dichtewerte und Entwicklungstendenzen denjenigen der übrigen Bundesländer gegenüberzustellen. Im Hinblick auf den schon seit einigen Jahrzehnten im gesamten Erwerbsbereich fortschreitenden Konzentrationsprozeß und das vordringliche Erfordernis sicherer Arbeitsplätze dürften dabei im Rahmen wirtschaftsstruktureller und raumordnerischer Betrachtungen die Zahlen der Beschäftigten von noch größerem Interesse erscheinen als diejenigen der Arbeitsstätten.

Verteilung der Arbeitsstätten und Beschäftigten
auf die Länder des Bundesgebietes 1961 und 1970

Land	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Einwohner	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	%					
Schleswig-Holstein	3,9	3,8	3,3	3,4	4,1	4,1
Hamburg	4,0	3,6	4,4	4,0	3,3	2,9
Niedersachsen	11,0	11,7	10,2	10,7	11,8	11,7
Bremen	1,2	1,2	1,6	1,5	1,3	1,2
Nordrhein-Westfalen	24,7	24,5	29,4	27,1	28,3	27,9
Hessen	9,1	9,6	8,8	9,4	8,6	8,9
Rheinland-Pfalz	6,6	6,4	5,1	5,3	6,1	6,0
Baden-Württemberg	14,7	15,4	14,9	16,0	13,8	14,7
Bayern	18,9	18,3	16,0	16,9	16,9	17,3
Saarland	1,7	1,9	1,8	1,8	1,9	1,8
Berlin (West)	4,2	3,6	4,5	3,9	3,9	3,5
Bundesgebiet	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Land	Arbeitsstätten						Beschäftigte							
	insgesamt		Veränderung 1970 zu 1961	je 1 000 Einwohner			insgesamt		Veränderung 1970 zu 1961	je Arbeits- stätte		je 1 000 Einwohner		
	1961	1970		1961	1970		1961	1970		1961	1970	1961	1970	
	Anzahl		%	Anzahl			Anzahl		%	Anzahl		Anzahl		
Schleswig-Holstein	100 334	86 422	- 13,9	43,3	34,7		760 728	813 384	6,9	7,6	9,4	328,3	326,1	
Hamburg	102 517	81 826	- 20,2	56,0	45,6		1 007 322	976 613	- 3,0	9,8	11,9	549,8	544,4	
Niedersachsen	283 610	266 468	- 6,0	42,7	37,6		2 367 933	2 597 668	9,7	8,3	9,7	356,6	366,8	
Bremen	32 259	27 010	- 16,3	45,7	37,4		374 077	371 007	- 0,8	11,6	13,7	529,6	513,3	
Nordrhein-Westfalen	638 246	560 926	- 12,1	40,1	33,2		6 784 149	6 573 851	- 3,1	10,6	11,7	426,4	388,7	
Hessen	234 970	219 885	- 6,4	48,8	40,9		2 039 744	2 285 798	12,1	8,7	10,4	423,7	424,7	
Rheinland-Pfalz	169 994	146 240	- 14,0	49,7	40,1		1 178 974	1 295 956	9,9	6,9	8,9	345,0	355,5	
Baden-Württemberg	380 234	352 800	- 7,2	49,0	39,7		3 454 179	3 892 355	12,7	9,1	11,0	445,2	437,6	
Bayern	490 094	417 318	- 14,9	51,5	39,8		3 687 479	4 094 675	11,0	7,5	9,8	387,5	390,7	
Saarland	43 906	43 132	- 1,8	40,9	38,5		422 360	424 929	0,6	9,6	9,9	393,8	379,5	
Berlin (West)	107 970	82 769	- 23,3	49,1	39,0		1 037 634	952 858	- 8,2	9,6	11,5	472,2	449,0	
Bundesgebiet	2 584 134	2 284 796	- 11,6	46,0	37,7		23 114 579	24 279 094	5,0	8,9	10,6	411,5	400,3	

Überdurchschnittlich hoher Rückgang der Arbeitsstättenzahl

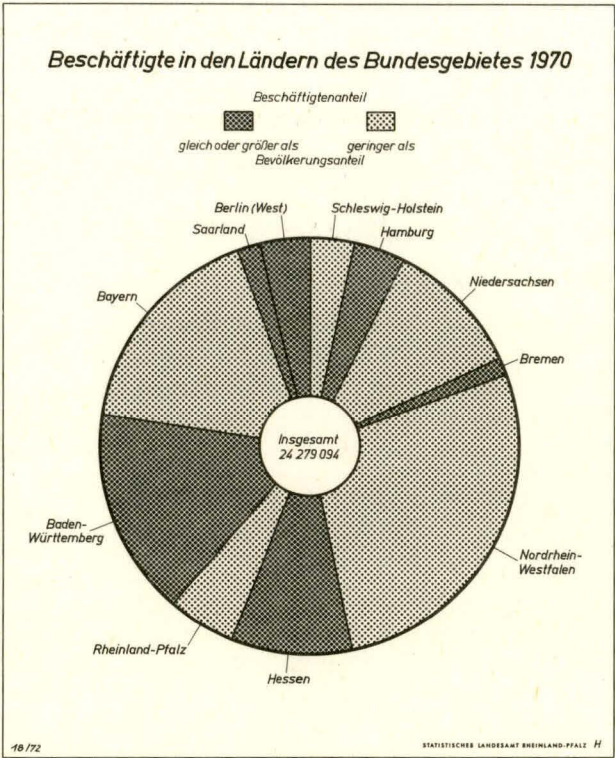
Zwischen 1961 und 1970 hat sich im Bundesgebiet die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten um 11,6% auf 2 284 796 verringert, wobei für sämtliche Bundesländer mehr oder weniger große Einbußen erkennbar waren. Der in Rheinland-Pfalz errechnete Arbeitsstättenchwund von 14,0% auf 146 240 Einheiten war zwar überdurchschnittlich hoch, die stärksten Rückgänge haben sich indessen bei den drei Stadtstaaten Berlin (West), Hamburg und Bremen mit Veränderungsraten von — 23,3%, — 20,2% und — 16,3% abgezeichnet, während für das Saarland, Niedersachsen und Hessen mit — 1,8%, — 6,0% und — 6,4% die Abnahmen am geringsten waren. In wirtschaftssystematischer Sicht wurden überproportionale Bestandsschmälerungen bei nahezu allen Ländern für das verarbeitende Gewerbe, den Handel sowie größtenteils auch

für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ersichtlich. Ein starkes Anwachsen der Arbeitsstättenzahl konnte lediglich bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe beobachtet werden (Bundesgebiet + 27,4%). Trotz des relativ deutlichen Rückgangs der Arbeitsstättenzahl in Rheinland-Pfalz wurden hier auch im Jahre 1970 bei einem nur 6%igen Bevölkerungsanteil noch 6,4% der Arbeitsstätten des Bundesgebietes erfaßt; 1961 waren es 6,6%. Hieraus resultierte eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsstättendichte von 40,1 je 1 000 Einwohner, welche lediglich durch die beiden Länder Hamburg (45,6) und Hessen (40,9) übertroffen wurde (Bundesmittel 37,7). Mit 33,2 bzw. 34,7 Arbeitsstätten je 1 000 Einwohner hatten Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die niedrigsten Sätze.

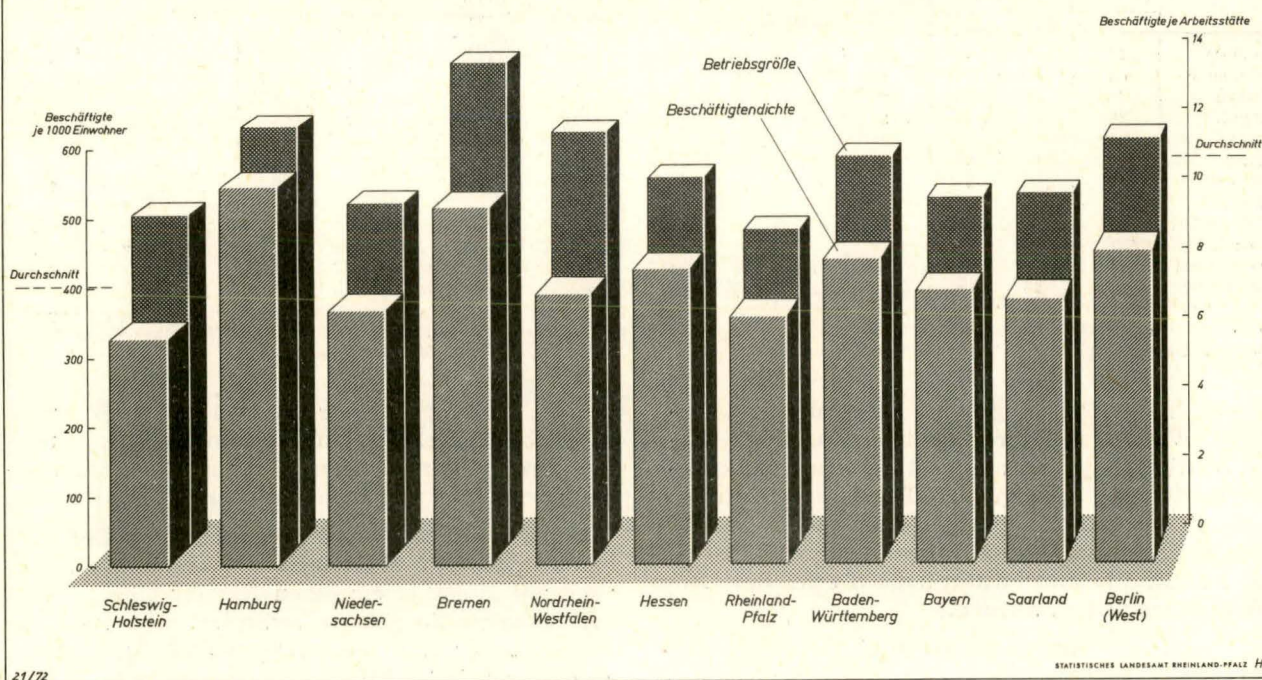
Rheinland-Pfalz hat geringste Betriebsgröße unter allen Bundesländern

Im Gegensatz zu dem für das Bundesgebiet im Zeitraum von 1961 bis 1970 festgestellten beträchtlichen Rückgang des Arbeitsstättenbestandes um 11,6% konnte hinsichtlich der Beschäftigtenzahl eine merkbliche Zunahme um 5,0% auf 24 279 094 festgestellt werden. Unter den Bundesländern schwankte hier die Veränderungsrate zwischen + 12,7% in Baden-Württemberg und — 8,2% in Berlin (West), wobei Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung von 9,9% noch durch Hessen (+ 12,1%) und Bayern (+ 11,0%) übertroffen wurde. Neben der starken Rückläufigkeit des Beschäftigtenvolumens in Berlin (West) waren auch für Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen kleinere Minderungen um 3,1 sowie 3,0 und 0,8% zu verzeichnen. Die Aufgliederung der Länderergebnisse nach Wirtschaftsabteilungen macht deutlich, daß die Bereiche Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung stets durch überdurchschnittliche Beschäftigtenzunahmen gekennzeichnet waren, wogegen sich die Veränderungsrate des verarbeitenden Gewerbes jeweils beträchtlich unter dem Mittelwert bewegt.

Bedingt durch die gegenläufige Entwicklung von Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahl ist die durchschnittliche Betriebsgröße zwischen 1961 und 1970



Betriebsgröße und Beschäftigtendichte in den Ländern des Bundesgebietes 1970



im Bundesgebiet von 8,9 auf 10,6 Personen je Arbeitsstätte gestiegen. Gleichmaßen wie bereits bei der vorangegangenen Erhebung hat sich auch 1970 für Rheinland-Pfalz mit 8,9 Beschäftigten je Arbeitsstätte (1961: 6,9) unter allen Bundesländern die niedrigste Relation ergeben. Über dem Bundesdurchschnitt lagen Bremen (13,7), Hamburg (11,9), Nordrhein-Westfalen (11,7), Berlin (West) (11,5) und Baden-Württemberg (11,0). Unter dem Bundesdurchschnitt bleiben außer Rheinland-Pfalz insbesondere Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Dieser Sachverhalt wird auch durch die teilweise beträchtlich voneinander abweichenden Beschäftigtendichtewerte bestätigt. Bei einem Bundesdurchschnitt von 400 lag Rheinland-Pfalz mit 356 tätigen Personen je 1 000 Einwohner unter den Ländern an vorletzter Stelle (Schleswig-Holstein 326, Niedersachsen 367). Die höchsten Wer-

te konnten nach den Stadtstaaten Hamburg (544), Bremen (513) und Berlin (West) (449) Baden-Württemberg (438) und Hessen (425) verbuchen. Infolgedessen liegen dort auch die Beschäftigtenanteile über den entsprechenden Anteilsätzen an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes, während für die übrigen Länder umgekehrte Verhältnisse charakteristisch sind (Rheinland-Pfalz 5,3 bzw. 6,0%). Auch für Nordrhein-Westfalen wurde 1970 im Gegensatz zu 1961 ein Beschäftigtenanteil ermittelt, der unter dem dort errechneten Einwohneranteil liegt (27,1 bzw. 27,9%), was ähnlich wie beim Saarland zu einem großen Teil auf die während der letzten Jahre im Bereich des dort konzentrierten Bergbaues sowie der Eisen- und Stahlindustrie aufgetretenen Schwierigkeiten zurückzuführen sein dürfte.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1971

Viel Sonne, wenig Niederschläge

Im Winter 1970/71 traten nur von Ende Dezember bis Mitte Januar und in der ersten Märzdekade Frostperioden auf. Obwohl während dieser Zeitspanne die Tiefsttemperaturen verschiedentlich zwischen 10 und 15° C unter dem Gefrierpunkt lagen, muß der Winter als recht mild bezeichnet werden, denn während der übrigen Zeit traten nur gelegentlich leichte Nachtfröste auf. Auffallend war jedoch, daß während des ganzen Winters außergewöhnlich geringe Niederschläge fielen. Außer leichten Schneefällen in den ersten Januartagen und Anfang März waren nur selten Regenfälle zu ver-

zeichnen. Mitte März setzte auch in höheren Lagen Tauwetter ein, die verhältnismäßig kühle Witterung blieb jedoch bis Ende des Monats erhalten.

Trockenheit im Frühjahr

Von Anfang April bis etwa Mitte Mai wurde das Wetter in Rheinland-Pfalz überwiegend durch Hochdruckeinfluß bestimmt. Das allgemeine Wachstum setzte Anfang April verstärkt ein. Von gelegentlichen Nachtfrösten abgesehen war der Monat recht warm. Die Frühjahrstrockenheit erreichte Mitte April ihren ersten Höhepunkt. Danach traten erstmals nach vier Wochen ergiebige Niederschläge auf, die in Mittelgebirgslagen teilweise noch als

Monat	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 1 mm Niederschlag			Durchschnitts- temperatur			Sonnenschein			Bewölkung		
	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971
	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971
	mm			Anzahl			°C			Stunden			Note 1)		
Januar	72	67	49	13	13	10	0,8	- 0,3	- 0,1	35	23	43	8,3	9,0	5,9
Februar	66	126	34	12	16	9	1,7	0,2	2,1	64	44	46	7,4	7,8	6,5
März	66	67	25	12	11	7	4,1	2,0	1,8	108	95	97	7,0	7,4	5,6
April	69	85	33	15	14	5	8,0	6,0	9,6	145	102	212	6,4	7,9	3,6
Mai	70	97	69	11	13	9	12,5	12,4	14,7	184	178	164	6,4	6,9	5,1
Juni	84	74	99	11	8	15	15,9	17,5	14,1	195	234	151	6,3	5,3	6,0
Juli	91	101	27	12	14	5	16,5	16,0	18,8	195	188	292	6,5	6,4	3,3
August	98	46	64	11	7	9	16,3	17,3	17,6	183	214	222	6,3	5,6	4,2
September	64	37	28	9	8	6	13,7	14,1	12,9	155	182	191	5,9	5,3	3,8
Oktober	57	79	36	9	12	5	10,4	9,6	9,5	103	81	171	6,8	7,7	3,6
November	74	51	88	12	12	12	4,0	6,3	3,9	47	47	47	7,8	7,7	6,3
Dezember	86	56	18	13	10	5	0,7	0,7	3,4	28	38	28	8,4	8,1	6,6

Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Wetteramtes Trier in den Stationen Neustadt a.d. Weinstr., Bad Kreuznach, Trier-Stadt, Deuselbach, Koblenz-Friedhof, Bad Marienberg und Manderscheid. - 1) Gemessen in Zehntel der Himmelsfläche.

Schnee fielen. Bei steigendem Luftdruck und lebhaften Winden aus Nordost setzte sich in den letzten Apriltagen jedoch schnell trockenes und sonniges Wetter mit ansteigenden Temperaturen durch. Anfang Mai waren die Ackerböden bereits wieder stark ausgetrocknet, so daß für das weitere Wachstum der Feldfrüchte und Futterpflanzen erhebliche Befürchtungen gehegt wurden.

Regenfälle im Juni

Ab Mitte Mai nahm die Luftfeuchtigkeit immer mehr zu, und es kam in den folgenden Wochen bis zum Ende der ersten Juniwoche verschiedentlich zu Gewitterbildungen, die den meisten Gebieten einige Niederschläge brachten. Während der zweiten und dritten Juniwoche überquerten zahlreiche atlantische Tiefdruckausläufer das Gebiet von Rheinland-Pfalz und bewirkten für die Jahreszeit zu niedrige Temperaturen und verschiedentlich anhaltende Niederschläge. Die Winter- und Frühjahrstrockenheit war damit endgültig überwunden.

Sommer mit hohen Temperaturen

Anfang Juli bildete sich über Mitteleuropa ein umfangreiches und beständiges Hoch, das, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, zunächst bis Ende August andauerte. Die eingeströmte Meeresluft aus Nordwest erwärmte sich bei starker Sonneneinstrahlung sehr rasch. Mit Ausnahme der ersten Julitage und eines kurzen Zeitraumes Mitte Juli lagen die Tageshöchsttemperaturen bis Ende der zweiten Augustdekade nahezu an allen Tagen höher als 25° C und sehr oft auch über 30°. Gelegentliche Gewitterbildungen in der zweiten Julihälfte und Anfang August brachten nur gebietsweise größere Niederschläge. Unter dem Einfluß atlantischer Tiefausläufer traten jedoch in den letzten Augusttagen weitere Regenfälle auf.

Trockener Herbst

Anfang September stellte sich erneut ein kräftiges Hochdruckgebiet ein, das die Witterung in Rheinland-Pfalz im wesentlichen bis Anfang November bestimmte. Der Hochdruckeinfluß wurde nur Anfang der zweiten Septemberdekade, in der letzten Septemberwoche und Anfang der dritten Oktoberdekade kurz unterbrochen. Für die Jahreszeit außergewöhnlich hohe Temperaturen herrschten vor allem zu Beginn der dritten September-

dekade, Anfang Oktober und während der ersten Novemberwoche. Bei Luftströmungen aus nördlichen Breiten kam es dagegen bereits Mitte September sowie Mitte und Ende Oktober zu Nachfrösten.

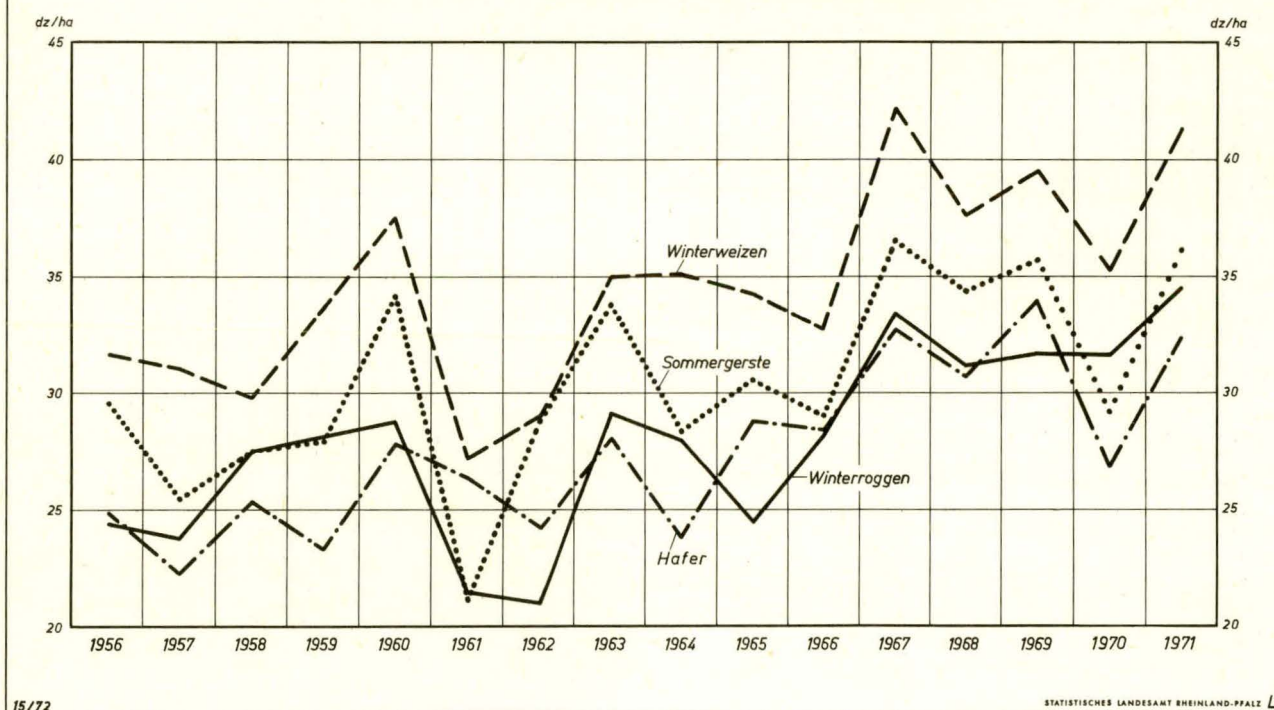
Von der zweiten Novemberwoche an bis Ende des Monats herrschte überwiegend wechselhafte Witterung mit zunächst einzelnen Niederschlägen. Nach der Monatsmitte gab es verbreitet sehr ergiebige Regen- und später auch Schneefälle. Auch traten zu dieser Zeit Nachfröste mit beachtlichen Kältegraden auf. Nach wenigen Tagen taute jedoch die Schneedecke wieder ab, und es herrschte von Anfang Dezember bis Ende des Monats eine für die Jahreszeit sehr milde Witterung. Bei einer hochnebelartigen Bewölkung und südlicher Luftzufuhr stiegen in der Vorweihnachtswoche die Temperaturen verbreitet auf Werte von über 10° C an, während in den letzten Tagen des Jahres leichte Nachfröste zu verzeichnen waren.

Die Witterung im Jahre 1971 brachte somit überdurchschnittliche Temperaturen und eine hohe Sonnenscheindauer, aber nur geringe Niederschläge. Lediglich in den Monaten Juni und November lagen die Regenmengen über den Durchschnittswerten. Besonders trocken waren die Monate Februar, März, April, Juli, September und Oktober.

Rekordmenge an Getreide

Die Bestellung des Getreides konnte im Herbst 1970 und im Frühjahr 1971 bei günstiger Witterung zeitgerecht erfolgen. Das Sommergetreide lief zunächst zügig auf, die weitere Entwicklung wurde jedoch Mitte April gehemmt. Nach den Niederschlägen Ende April setzte sich das Wachstum aber wieder ungestört fort. Beim Wintergetreide verlief die Entwicklung noch günstiger. Lediglich in den Höhengebieten, wo die Ackerkrume durch die lebhaften Nordostwinde stark austrocknete, wurde das Wachstum verzögert. Vor allem ab Mitte Mai, als immer häufiger Regenfälle auftraten, konnte sich das Getreide in allen Gebieten sehr vorteilhaft entwickeln, obwohl in einigen Landesteilen heftige Niederschläge eine Lagerung des Getreides zur Folge hatten. Vorteilhaft wirkte sich vor allem aus, daß zur Zeit des Ährenschiebens und während der ersten Wochen danach ausreichend Bodenfeuchtigkeit zur Verfügung stand.

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1956 - 1971



15/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

Ab Anfang Juli wurde die Reife des Getreides durch die hochsommerliche Witterung erheblich beschleunigt. Ende der ersten Monatsdekade konnten in Rheinhessen und in der Pfalz sowie in den Tal-lagen des nördlichen Landesteiles die ersten Wintergerstenbestände geerntet werden. Bei Sommergerste und Winterweizen setzten die Erntearbeiten zu Beginn der dritten Julidekade, in den Höhen-gebieten Anfang August ein. Sie verliefen sehr zü-gig und erfuhren nur Ende August eine kurze Unterbrechung. Anfang September war auch in den Höhengebieten die Getreideernte bis auf wenige Reste geborgen.

Die Getreideernte (ohne Körnermais) in Rhein-land-Pfalz belief sich 1971 auf 1,38 Mill. t und übertraf damit die bisher größte Menge aus dem Jahre 1969 noch um rund 30 000 t. Bei einer Flächenausdehnung um 0,3 bzw. 2,7% lag sie auch um 19 bzw. 15% über den Erntemengen des Vor-jahres und im Sechsjahresdurchschnitt 1965/70. Dieser Mehrertrag ist hauptsächlich auf hohe Flä-chenleistungen zurückzuführen. Für Getreide ins-gesamt wurden 36,9 dz je ha ermittelt, gegenüber 31,1 dz im Jahre 1970 und 33,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Der bisher höchste Hektarertrag aus dem Jahre 1967 wurde nur um 0,1 dz unterschrit-ten. Winterweizen lieferte 41,3 dz und Sommer-gerste 36,1 dz je ha.

Infolge des günstigen Erntewetters sind durch Feuchtigkeit und Auswuchs keine nennenswerten Schäden entstanden. Die Getreideernte wies daher eine überdurchschnittliche Qualität auf. Diese Fest-stellung trifft auch für den Weizen hinsichtlich sei-ner Backfähigkeit zu. Untersuchungen der Bundes-forschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Det-

mold, die dort an den in Rheinland-Pfalz im Rah-men der Besonderen Erntermittlungen genom-menen Weizenproben angestellt wurden, haben dies an Hand der Ergebnisse über Eiweißgehalte und Sedi-mentationswerte eindeutig bestätigt. Die gute Be-schaffenheit der hiesigen Weizenernte ist entschei-dend auf die in Rheinland-Pfalz verbreitet ange-bauten Qualitätssorten Jubilar, Diplomat und Pantus zurückzuführen.

Körnermais brachte mit knapp 22 000 t trotz be-merkenswerter Anbauerweiterung nur eine gering-fügig größere Ernte als im Vorjahr. Die Ursache hierfür ist in dem geringeren Ertrag je ha von 49,6 dz zu suchen, während 1970 54,0 dz je ha ge-erntet wurden.

Mit 20,9 Mill. t Getreide wurde im gesamten Bundesgebiet nicht nur eine Rekordmenge einge-bracht, sondern mit 39,9 dz auch eine bisher noch nicht dagewesene Hektarleistung erzielt. Bei einer Flächenausdehnung um 1,3% lag die Gesamtmenge um 21,1% über der des Jahres 1970. Auch in den meisten Bundesländern wurden neue Rekorderträ-ge je ha ermittelt. Die Frühjahrstrockenheit hat sich demnach in Rheinland-Pfalz doch etwas stärker ausgewirkt als in großen Teilen des übrigen Bun-desgebietes.

An Hülsenfrüchten wurden knapp 4 900 t einge-bracht, gegenüber 3 900 im Jahr vorher. Davon entfielen gut 4 000 t auf Ackerbohnen und 700 t auf Speiseerbsen und Speisebohnen. Die Flä-chenleistungen blieben auch bei diesen Arten sowohl unter den vorjährigen Ergebnissen als auch unter denen im mehrjährigen Durchschnitt.

Auf Grund einer deutlichen Flächenausdehnung und höherer Hektarerträge konnte die Produktion

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971
	1965/70			1965/70			1965/70		
	ha			dz			t		
Getreide	363 495	372 199	373 362	33,1	31,1	36,9	1 202 011	1 157 101	1 377 557
Brotgetreide	182 395	172 230	178 989	34,4	34,0	39,3	628 231	585 681	703 243
Weizen	125 390	128 349	134 451	36,6	34,9	40,9	459 194	447 701	549 863
Roggen	54 427	41 944	41 822	29,6	31,5	34,4	161 223	132 155	143 999
Wintermenggetreide	2 578	1 937	2 716	30,3	30,1	34,5	7 814	5 825	9 381
Futter- und Industriegetreide	181 100	199 969	194 373	31,7	28,6	34,7	573 780	571 420	674 314
Gerste	91 266	106 288	103 726	33,1	30,1	36,8	301 858	319 448	381 796
Hafer	69 040	70 407	69 198	30,2	26,8	32,3	208 257	188 550	223 302
Sommermenggetreide	20 794	23 274	21 449	30,6	27,3	32,3	63 665	63 422	69 216
Körnermais	2 176	3 890	4 375	48,4	54,0	49,6	10 534	21 006	21 700
Kartoffeln	56 682	53 348	47 365	264,2	248,5	258,5	1 497 329	1 325 937	1 224 401
Frühkartoffeln	6 197	6 679	5 460	212,3	197,8	209,2	131 552	132 144	114 212
Spätkartoffeln (einschl. mittel-früher und mittelspäter)	50 485	46 669	41 905	270,5	255,8	264,9	1 365 777	1 193 793	1 110 189
Rüben	55 485	53 621	53 519	736,2	689,5	626,9	4 084 921	3 696 984	3 355 298
Zuckerrüben	19 484	20 128	21 595	507,7	502,2	485,8	989 194	1 010 911	1 049 154
Runkelrüben	31 952	29 516	28 316	887,4	832,2	744,3	2 835 261	2 456 322	2 107 560
Kohlrüben	4 049	3 977	3 608	643,2	577,7	550,4	260 466	229 751	198 584
Hülsenfrüchte	734	1 231	1 715	30,9	31,5	28,4	2 266	3 879	4 867
Speiseerbsen und -bohnen	331	357	262	28,4	27,1	26,6	940	968	697
Ackerbohnen	403	874	1 453	32,9	33,3	28,7	1 326	2 911	4 170
Ölfrüchte	1 344	2 218	3 069	22,5	23,1	24,0	3 025	5 132	7 367
Winterraps	1 038	1 787	2 551	23,3	23,9	24,8	2 420	4 270	6 326
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	306	431	518	19,8	20,0	20,1	605	862	1 041

an Ölfrüchten wiederum deutlich ausgeweitet werden. Mit rund 7 400 t übertraf sie das Ergebnis von 1970 um gut 40% und die im Sechsjahresdurchschnitt 1965/70 um mehr als das Doppelte. Seit nahezu 20 Jahren ist in Rheinland-Pfalz eine Ölfruchternte in dieser Höhe nicht mehr eingebracht worden. Der weitaus größte Teil davon war Winter-raps, während auf die übrigen Arten zusammen nur rund 1 000 t entfielen.

Die Hackfrüchte konnten im Frühjahr 1971 überall rechtzeitig bestellt werden. Sie liefen auch zügig auf, ihre Entwicklung wurde aber ebenfalls durch die anhaltende Trockenheit etwas gehemmt. Auf den Rübenfeldern ließen sich jedoch Anfang Mai infolge der stark verkrusteten Ackerkrume gebietsweise einige Lücken erkennen. Als ab Mitte Mai Niederschläge verstärkt auftraten, setzte sich ihr Wachstum ungestört fort, so daß Anfang Juli in den meisten Gebieten gute und geschlossene Bestände zu beobachten waren. Der sehr warme und trockene Sommer beeinträchtigte die weitere Entwicklung erneut, besonders von Anfang bis Mitte August kam das Wachstum vielerorts völlig zum Erliegen. Nach einigen Niederschlägen Ende August verzeichneten Zucker- und Kohlrüben im Herbst noch einen deutlichen Ertragszuwachs. Die Trockenheit im Frühjahr und Sommer ist bei den Hackfrüchten keineswegs ohne negative Auswirkung geblieben, sie ist jedoch nicht so erheblich, wie ursprünglich befürchtet worden war.

Durchschnittliche Hektarerträge bei Kartoffeln

Die Kartoffelernte belief sich auf insgesamt 1,22 Mill. t und lag damit bei einer Flächenreduzierung von nahezu 6 000 ha (— 11%) um rund 102 000 t oder 7,7% unter dem Vorjahresergebnis und um 273 000 t oder reichlich 18% unter dem mehrjähri-

gen Mittel. Vom Gesamtaufkommen entfielen 114 000 t auf Frühkartoffeln und 1,1 Mill. t auf Spätkartoffeln einschließlich mittelfrüher und mittelspäter Sorten.

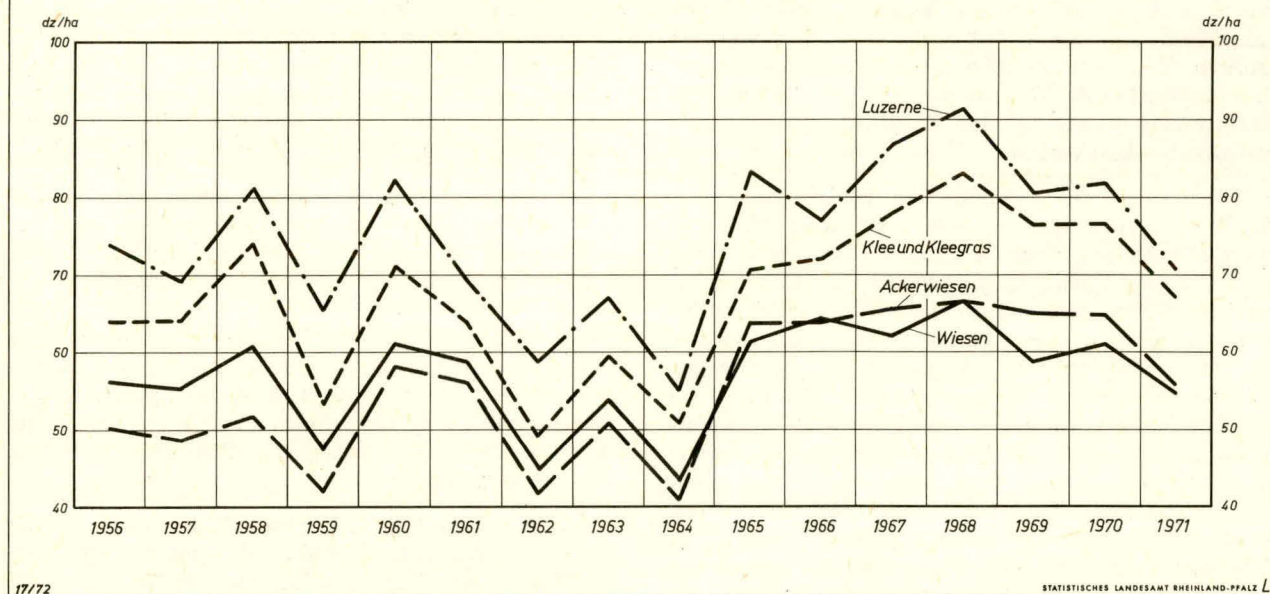
Frühkartoffeln lieferten 209,2 dz je ha und mittelfrühe, mittelspäte und späte Sorten 264,9 dz je ha. Damit blieben die Hektarerträge um 5,8 bzw. 3,6% über denen des Vorjahres, während die Ergebnisse im Sechsjahresdurchschnitt nur geringfügig unterschritten wurden. Die sonnige und trockene Witterung im Spätsommer und Herbst hat die Qualität der Knollen allgemein günstig beeinflusst, so daß die Einkellerungskartoffeln eine gute Beschaffenheit aufwiesen.

Der in Rheinland-Pfalz für Kartoffeln insgesamt ermittelte Hektarertrag lag auch 1971 deutlich unter dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes (273,9 dz). Besonders in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurden sehr hohe Flächenleistungen erzielt. Die Gesamternte betrug 15,2 Mill. t und blieb auf Grund einer Flächeneinschränkung (— 7,2%) um reichlich 1 Mill. t unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dies war die kleinste Menge, die bisher im Bundesgebiet eingebracht worden ist.

Über 1 Mill. t Zuckerrüben

Die Zuckerrübenernte in Rheinland-Pfalz bezifferte sich auf 1,05 Mill. t und übertraf damit die Menge des Vorjahres um knapp 40 000 t. Die Erzeugungsausdehnung ist ausschließlich Folge einer Anbauerweiterung, denn die Hektarerträge lagen eindeutig unter den Ergebnissen in den Vergleichsjahren. Runkelrüben wurden 2,11 Mill. t geerntet, was einem Rückgang gegenüber dem letzten Jahr um 350 000 t oder 14% entspricht. Auch die Kohlrübenernte blieb bei leicht rückläufiger Anbaufläche mit knapp 200 000 t um 14% unter der von

Hektarerträge von Rohfutter 1956-1971



1970. Bei den zuletzt genannten beiden Rübenarten sind die Abnahmen sowohl auf Anbaureduzierungen als auch auf geringere Hektarerträge zurückzuführen. Mit 744 dz je ha gegenüber 887 dz im mehrjährigen Durchschnitt traten die Ausfälle infolge der Trockenheit bei den Runkelrüben indessen deutlich stärker in Erscheinung als bei Zucker- und Kohlrüben.

Begünstigt durch die sonnenscheinreiche Witterung lag der Zuckergehalt bei den Zuckerrüben mit knapp 17% außergewöhnlich hoch. Dies ist mit ein Grund dafür, daß aus der Ernte 1971 die bisher höchste Zuckerproduktion erzielt wurde.

Auch im Bundesgebiet lieferten Runkel- und Kohlrüben eine geringere Gesamtmenge als im Vor-

jahr, während sie bei Zuckerrüben mit 14,4 Mill. t um reichlich 1 Mill. t höher ausfiel. Der Hektarertrag für Zuckerrüben in Rheinland-Pfalz stand wie in den Vorjahren an der Spitze aller Bundesländer.

Ertragsausfälle bei Rohfutter

Das Wachstum der Futterpflanzen setzte Anfang April bei zunehmender Erwärmung verstärkt ein und zeigte bis Mitte April eine schnelle Entwicklung. Mitte April und Anfang Mai traten jedoch vor allem in den Höhengebieten und bei den Feldfutterbeständen vorübergehende Störungen infolge einer zu geringen Feuchtigkeitsversorgung ein. Bei den Wiesen in den Tallagen, denen ohnehin mehr Feuchtigkeit zur Verfügung steht, verlief die Ent-

Anbau und Ernte von Futterpflanzen 1965/70 (Sechsjahresdurchschnitt), 1970 und 1971

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971	1965/70	1970	1971
	ha			dz			t		
Rohfutter ¹⁾	245 316	258 590	259 653	64,6	62,8	55,9	1 585 894	1 623 815	1 451 911
Klee und Klee gras	17 832	15 170	14 426	75,9	76,5	67,2	135 352	115 980	96 943
Luzerne	15 554	9 965	9 318	83,2	81,9	70,7	129 447	81 614	65 878
Wiesen und Mähweiden	.	226 690	225 643	62,3	61,0	54,6	.	1 382 450	1 232 011
Ackerwiesen	10 112	6 765	10 266	64,9	64,7	55,6	65 661	43 771	57 079
Grünmais	3 964	3 981	5 570	415,6	444,3	387,3	164 739	176 875	215 726
Winterzwischenfrüchte ²⁾³⁾	2 283	1 525	1 557	197,4	196,1	186,9	45 057	29 900	29 106
Wintergetreide	1 540	634	662	200,9	200,9	191,6	30 928	12 735	12 685
Inkarnatklee	300	287	187	200,7	207,3	188,2	6 020	5 950	3 519
Winterraps und -rüben, Sprengelraps und -rüben	443	604	708	183,3	185,7	182,2	8 109	11 215	12 902
Sommerzwischenfrüchte ²⁾	9 370	10 490	10 608	175,6	187,6	169,3	164 568	196 841	179 638
Stoppelklee und Serradella	4 532	4 616	3 199	127,5	140,7	120,7	57 770	64 947	38 613
Hülsenfrüchte	310	408	423	172,4	145,9	140,1	5 346	5 953	5 926
Senf und Sommerraps	1 827	2 596	4 415	179,4	176,9	164,9	32 782	45 923	72 810
Mais und Sonnenblumen	1 365	1 432	1 367	281,5	294,4	251,7	38 417	42 158	34 410
Stoppelrüben und Steckrüben	1 081	1 037	869	222,9	263,9	233,8	24 104	27 366	20 321
Futterkohl	255	401	335	241,5	261,7	225,6	6 149	10 494	7 558

1) Heuertrag. - 2) Grünmasseertrag. - 3) Aussaat im Herbst des jeweiligen Vorjahres.

wicklung ohne größere Unterbrechung. Ende Mai konnten in den meisten Gebieten zufriedenstellende Futterbestände beobachtet werden. Auffallend war jedoch, daß bei zahlreichen Wiesen, die in Rheinland-Pfalz von allen Futterpflanzen den weitaus größten Teil beanspruchen, zwar die Obergräser eine ausreichende Wuchshöhe erreicht hatten, die Untergräser jedoch in der Entwicklung zum Teil zurückgeblieben waren.

Mit dem ersten Schnitt zur Einbringung der Rauhfutterernte wurde vereinzelt Ende Mai und verstärkt Anfang Juni begonnen. Das geschnittene Futter diente teilweise zum Füllen der Silos, während die Heuwerbung infolge der fast täglichen Regenfälle keine nennenswerten Fortschritte machte. Die Erntearbeiten mußten im Juni sogar für gut zwei Wochen völlig ruhen. Erst zu Beginn der dritten Junidekade und vor allem ab Anfang Juli konnte die Einbringung der Heuernte verbreitet in Angriff genommen und zügig abgeschlossen werden. Die überwiegend kühle und regnerische Witterung brachte zwar den Untergräsern noch einen gewissen Ertragszuwachs, die Obergräser waren jedoch bis Anfang Juli in erheblichem Maße überständig geworden.

Im Juli stand den Futterpflanzen trotz hochsommerlicher Witterung zunächst genügend Feuchtigkeit zur Verfügung. Ab Monatsmitte ließ das Wachstum immer mehr nach und kam von Ende Juli bis Ende August völlig zum Erliegen. Nachdem in den letzten Augusttagen Niederschläge gefallen waren, und die Witterung weiterhin sehr mild blieb, ergrüntten die Futterflächen wieder allmählich. Im Herbst wurde dadurch noch eine lohnende Nutzung der Futterbestände möglich. Das Rindvieh konnte infolgedessen etwa eine Woche länger als im Jahr vorher auf den Weiden bleiben.

Die Rauhfutterernte insgesamt bezifferte sich auf rund 1,45 Mill. t Heu und blieb damit um etwa 170 000 t unter der Menge des Jahres 1970. Der weitaus größte Teil davon, nämlich 1,23 Mill. t, entfiel auf Heu von Wiesen und Mähweiden. Der durchschnittliche Hektarertrag für alle Rauhfutterarten zusammen betrug 55,9 dz, gegenüber 62,8 dz im Vorjahr und 64,6 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Im Gegensatz zu Getreide sind somit auf dem Futtersektor auf Grund der Trockenheit erhebliche Ertragsausfälle entstanden. Hinzu kommt

ferner, daß hinsichtlich der Qualität beim ersten Rauhfutterschnitt durch die ungünstige Witterung im Juni in vielen Gebieten einige Wünsche offen geblieben sind. Die anhaltenden Regenfälle und der in vielen Gebieten verspätete Schnitt verursachten erhebliche Nährstoffverluste. Verschiedentlich kam es auch zu Totalausfällen, weil das Schnittgut zu lange den Regenfällen ausgesetzt blieb, und sich eine Einbringung Anfang Juli nicht mehr lohnte.

Die Rauhfutterernte des Bundesgebietes belief sich auf 29,9 Mill. t und unterschritt damit das Ergebnis von 1970 um 5,6%. Der Rückgang ist eine Folge der Flächenreduzierung (— 2,2%) und geringerer Hektarerträge. Im Bundesdurchschnitt wurde für alle Rauhfutterarten zusammen eine Flächenleistung von 66,4 dz ermittelt, gegenüber 68,8 dz im Vorjahr und 68,4 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Der für Rheinland-Pfalz festgestellte Hektarertrag lag damit ganz erheblich unter dem des Bundesgebietes.

Auf Grund einer deutlichen Flächenerweiterung fiel die Ernte an Grünmais mit rund 216 000 t um annähernd ein Viertel höher aus als im Jahr vorher. Die Hektarleistung dieser auch in Rheinland-Pfalz immer stärker verbreiteten Futterpflanzenart, die sich vorzüglich für die Gärfutterbereitung eignet, betrug 387 dz gegenüber 444 dz im Vorjahr und 416 dz im Sechsjahresdurchschnitt. Die Trockenheit im Frühjahr und Hochsommer ist damit auch bei dieser Pflanzenart nicht ohne schädigenden Einfluß geblieben. Gebietsweise haben sich auch die Frühfröste Mitte September und Oktober nachteilig ausgewirkt.

Aus dem Anbau von Winterzwischenfrüchten im Herbst 1970 wurden im Frühjahr 1971 rund 29 000 t Grünfutter geerntet, während Sommerzwischenfrüchte im Herbst 1971 rund 180 000 t lieferten. Bei nahezu gleichbleibenden Anbauflächen und etwas geringeren Hektarleistungen blieben diese Erntemengen unter denen von 1970. Der größte Teil der Sommerzwischenfrüchte entfiel auf Sommerraps, der auch im Vergleich zum Vorjahr und dem mehrjährigen Durchschnitt auf Grund von Flächenausdehnungen eine wesentlich größere Ernte brachte. Deutlich geringere Mengen beanspruchten dagegen Stoppelklee und Serradella sowie Stoppel- und Steckrüben.

Dr. J. Töniges

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 645	3 658	3 659	3 659	3 679
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 305	2 287	1 716	2 337	2 197	2 293	1 620	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	7,3	5,7	7,4	7,3	7,3 ^p	5,4 ^p	...
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 059	3 552	3 708	4 451	3 742	3 513	3 810	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	11,3	12,2	14,2	12,4	11,2 ^p	12,6 ^p	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 641	3 417	3 666	3 928	3 400	3 379	3 722	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	10,9	12,1	12,5	11,2	10,8 ^p	12,3 ^p	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	90	88	128	80	67	85	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	25,3	23,7	28,8	21,4	19,1	22,3	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	135	42	523	342	134	88	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	0,4	0,1	1,7	1,1	0,4 ^p	0,3 ^p	...
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 822	13 114	10 714	9 177	12 718
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 085	11 796	9 679	9 639	11 380
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 737	1 318	1 035	- 462	1 338
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	10 417	12 407	10 788	10 032	12 683
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	5,7	6,8	13,1	7,2	8,2	11,5	17,3
* Männer	1 000	6,8	6,5	2,7	3,4	8,9	3,6	4,1	6,5	11,5
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	755	905	75	137	703	129	100	525	1 149
Bauberufe	Anzahl	948	933	87	178	1 434	245	351	816	1 568
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	4 705	3 064	3 553	7 014	3 066	3 589	5 144	8 536
Offene Stellen	Anzahl	27 607	33 113	31 118	27 267	23 678	28 212	25 993	22 116	19 262
Männer	Anzahl	15 420	20 838	20 256	17 505	14 863	18 612	16 930	14 153	12 030
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	327	461	514	413	377	379	229	209	183
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	3 022	2 479	1 827	2 729	2 393	1 693	1 364
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	16 790	16 195	13 682	11 586	12 609	11 362	9 379	7 833
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726	.	.	726	.	.	.	687
* Milchkühe	1 000	298	266	.	.	266	.	.	.	252
* Schweine	1 000	722	827	.	.	827	810	.	.	741
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	.	77	72	.	.	69
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	.	46	42	.	.	42
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	20	21	22	22	20	21	22	21
* Kälber	1 000	5	2	2	2	2	1	1	1	2
* Schweine	1 000	101	100	94	117	116	92	100	119	114
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	17	33	40	12	17	33	35
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,9	12,0	12,4	11,9	12,0	12,3	12,7	11,7
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	5,5	5,3	5,4	5,4	5,3	5,4	5,1
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	6,3	6,9	6,2	6,5	6,9	7,1	6,4
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
* für Legehennenküken	1 000	310	320	66	83	121	205	63	111	176
* für Masthühnerküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	50	38	8	53	45	37	46	40
Milch										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	78	72	75	72	70	66	69
%	%	72,1	79,5	77,9	74,2	75,8	83,3	80,5	77,1	78,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,7	8,9	8,5	8,6	9,2	8,6	8,5	8,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	3 007	3 006	3 004	3 067	3 072	3 080	3 086
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	412	412	409	411	410	409	406
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	309	309	306	306	305	304	301
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	52	49	48	49	48	48	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	499	545	663	536	526	603	693
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	341	361	419	358	350	395	431
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	158	184	244	178	176	208	262
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	101	110	118	77	91	97	96
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	28 620	27 032	24 139	17 075	15 689	15 189	14 313
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	197	206	220	177	213	221	222
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	829	767	745	786	827	817	807
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	307	302	319	257	304	305	330
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	2 599	2 507	2 581	2 752	2 735	2 828	2 822
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	520	524	610	545	527	570	620
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	210	217	198	214	226	234	213 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	217	225	210	221	235	246	229 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	219	227	210	223	236	247	228
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	176	183	198	192	212	228	234 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	222	219	197	237	249	245	223
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	191	188	138	196	197	178	139
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	246	240	228	272	286	288	271
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	288	332	329	269	290	335	343
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	225	284	332	216	215	317	417
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	173	179	155	177	181	189	162
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	119	121	97	121	112	111	88
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	181	195	186	176	206	226	203
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	170	174	132	175	178	168	128
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	.	103	.	.	102	103
* Umsatz	VjD 1962 = 100	.	181	.	.	230	206
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	.	177	.	.	232	210
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	242	257		117
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	745	703	755	853	878	879	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	974	946	1 012	960	1 052	1 087	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,7	0,6	0,4	1,0	0,3	0,5	0,6	...
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	117	131	168	137	185	209	...
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	118	132	170	138	185	209	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	91	91	89	91	90	88	...
Facharbeiter	1 000	51	48	49	49	48	49	49	48	...
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	28	27	26	27	27	26	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	15 366	14 224	11 327	16 077	14 830	13 489	...
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	8 422	7 762	6 349	9 039	8 310	7 846	...
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	5 380	5 036	4 058	5 931	5 651	5 257	...
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	206	182	131	199	145	131	...
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	2 836	2 544	2 160	2 909	2 544	2 458	...
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	6 944	6 462	4 978	7 038	6 490	5 643	...
Hochbau	1 000	1 791	1 311	1 533	1 464	1 153	1 728	1 683	1 471	...
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	5 411	4 998	3 825	5 310	4 807	4 172	...
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	2 685	2 456	1 797	2 551	2 260	1 932	...
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	120 347	115 376	108 400	133 035	129 756	122 085	...
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	110 366	104 427	95 756	121 669	118 207	109 341	...
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	9 981	10 949	12 644	11 366	11 549	12 744	...
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	321 500	294 434	471 941	319 356	462 202	399 781	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlensoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	1 230	1 114	456	1 507	1 438	1 148	556
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	1 101	964	416	1 352	1 302	994	485
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	1 365	1 287	476	1 625	1 578	1 454	688
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	176 833	164 921	62 879	224 553	209 194	207 375	98 857
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	236	231	86	280	249	255	123
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	339	273	303	297	116	251	303	254	130
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 067	1 279	1 228	2 101	534	1 195	1 409	1 257	489
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	76 216	99 284	78 012	144 344	72 204	114 258	131 529	129 230	57 830
* Nutzfläche	1 000 qm	187	207	185	310	83	220	246	198	89
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 479	2 768	2 827	1 014	3 237	2 893	2 988	1 456
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	.	119	.	.	.	123	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	.	160	.	.	.	179	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	.	162	.	.	.	182	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	.	163	.	.	.	185	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	.	153	.	.	.	168	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	.	158	.	.	.	173	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	.	127	.	.	.	134	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	.	167	.	.	.	185	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	.	164	.	.	.	178	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	.	174	.	.	.	189	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	.	142	.	.	.	159	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	151	.	158	.	.	.	178	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	620,3	582,3	617,6	612,7	646,0	671,2	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	22,1	17,3	14,9	20,3	20,1	19,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	598,3	565,0	602,7	592,5	625,8	651,9	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	11,5	9,8	9,1	10,2	9,4	9,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	32,0	33,6	33,9	30,8	35,9	32,3	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	554,7	521,6	559,7	551,6	580,6	609,9	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	207,6	193,9	184,4	209,5	215,3	200,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	347,1	327,7	375,3	342,1	365,3	409,5	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	217,6	252,4	229,5	232,7	250,4	251,5	284,7	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	41,8	35,8	42,4	44,1	43,5	48,8	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	98,6	91,9	89,0	98,4	96,6	129,2	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	54,3	53,5	52,7	53,4	56,1	54,8	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	57,6	48,4	48,6 ^r	54,4	55,3	51,9	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	72,1	120,4	131,9	124,3	138,1	131,9	157,4	159,5	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	13,2	11,4	11,6	11,9	15,6	14,5	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	25,4	25,1	26,7	28,6	37,9	40,2	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	27,6	25,0	27,3	25,5	31,7	26,2	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	19,3	17,4	20,0	16,8	16,7	18,5	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	33,4	33,9	38,9	37,2	42,7	43,6	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	39,1	40,4	35,4	47,3	40,9	26,6	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	16,8	17,2	21,7	16,9	20,8	17,7	...
Einfuhr (Generalhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	416,2	410,9	431,8	448,9	497,3	482,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	70,5	67,5	80,9	72,9	81,4	76,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	345,7	343,5	350,9	376,0	415,9	406,1	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	22 307	21 576	19 879	23 953	25 409	23 173	17 687
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	43 300	50 553	43 618	49 909	52 983	54 175	54 686
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	97	98	100	101	97	98	99	...
* Umsatz	1962 = 100	122	158	177	176	228	164	180	190	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	229	258	289	391	214	248	297	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	138	147	139	171	134	141	143	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	146	190	187	232	152	199	217	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	170	185	193	267	200	206	228	...
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	152	150	174	338	140	150	176	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	154	170	159	168	185	198	176	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	121	108	103	118	120	107	104
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	233	183	183	244	239	189	176
* Umsatz	1962 = 100	132	162	186	137	140	210	209	144	142
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	273	159	120	390	361	163	125
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	176	131	134	196	195	138	136
Fremdenverkehr in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	221	246	322	135	103	409	354	147	...
* Auslandsgäste	1 000	44	58	45	16	13	87	47	16	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	821	890	986	490	384	1 466	1 104	539	...
* Auslandsgäste	1 000	89	132	96	36	31	178	100	36	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	3 803	3 176	3 109	3 326	2 754	2 436	2 623
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 582	1 757	1 467	1 594	1 585	1 435	1 197	1 389
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	2 046	1 709	1 515	1 741	1 319	1 239	1 234
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	3 946	3 606	3 048	4 571	4 646	3 809	4 081
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	3 099	2 772	2 346	2 792	1 759	1 511	2 310
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	86	83	85	65	41	43	59
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	4 393	3 831	3 574	4 852	5 264	4 213	4 453
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	1 512	1 198	1 215	1 244	818	608	923
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	82	77	80	61	37	39	49
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	11 398	10 252	9 848	10 814	11 340	9 445	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	47	44	21	14	86	56	39	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	9 924	9 133	8 883	9 562	10 137	8 369	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	824	632	587	679	676	643	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	540	422	335	412	409	333	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	247	224	191	287	283	276	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	24 891	27 058	27 362	26 807	28 609	30 250	28 116	28 698
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	23 979	24 217	23 819	24 087	26 195	24 284	25 080
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 653	2 851	2 733	3 935	3 541	3 500	3 325
Berufsverkehr	1 000	576	747	748	745	753	1 106	932	802	917
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	1 904	2 105	1 977	2 828	2 608	2 696	2 406
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	426	294	255	587	514	332	293
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	93	74	52	133	111	64	51
Ferienziel- Reisen	1 000	1	1	1	-	1	3	1	0	1
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	332	220	202	451	402	268	241
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	11 910	10 688	10 135	13 518	12 282	11 167	10 718
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 696	7 399	8 116	7 330	8 025	7 622	7 957	7 961	7 348
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 592	1 871	2 063	1 914	1 804	2 066	2 032	1 896	1 719
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 104	5 528	6 053	5 416	6 221	5 556	5 925	6 065	5 629
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 979	4 436	5 214	4 518	4 751	4 884	4 517
Getötete Personen	Anzahl	596	900	1 074	980	1 007	1 038	1 174	1 181	1 112
* Pkw- Insassen	Anzahl	83	101	77	111	88	121	116	116	112
Fußgänger	Anzahl	36	54	37	59	44	61	61	59	59
* Verletzte Personen	Anzahl	28	27	25	42	29	30	27	37	41
Pkw- Insassen	Anzahl	2 216	2 720	2 987	2 723	2 594	3 021	2 939	2 636	2 486
Fußgänger	Anzahl	1 306	1 813	1 999	1 881	1 822	1 902	1 935	1 822	1 816
Schwerverletzte	Anzahl	355	370	424	371	402	343	357	379	322
Pkw- Insassen	Anzahl	741	924	994	951	904	1 049	1 011	860	843
Fußgänger	Anzahl	393	528	572	565	560	602	623	512	558
	Anzahl	160	182	220	211	210	180	185	209	165
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	40 004	40 364	45 448	43 511	47 809	50 299	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	1 299	1 259	1 699	1 117	1 194	1 278	...
Telegramme	1 000	86	60	59	52	57	52	48	44	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	1 115 482	1 115 415	1 277 361	1 043 710	1 040 857	1 094 269	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	1 139 002	1 084 130	1 283 798	1 043 556	1 038 560	1 071 055	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	15 549	12 610	14 502	18 689	17 679	15 981	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	18 381	16 582	20 834	23 567	22 480	21 132	...
Rundfunkgenehmigungen ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	997	1 096	1 101	1 103	1 103	1 067	1 069	1 070	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	947	950	955	948	950	952	...

1) Ab Januar 1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971				
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	19 411	19 552	19 655	21 922	22 103	22 407	22 898	
* Kurzfristige Kredite 2)	Mill. DM	2 917	5 095	4 909	4 904	5 095	5 534	5 513	5 545	5 703	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 804	4 797	4 969	5 340	5 344	5 376	5 523	
* Mittelfristige Kredite 3)	Mill. DM	1 294	2 177	2 092	2 120	2 176	2 762	2 817	2 891	2 952	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	2 035	1 959	1 992	2 035	2 525	2 577	2 651	2 712	
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	8	10	10	8	6	6	6	8	
* Langfristige Kredite 4)	Mill. DM	5 826	12 384	12 411	12 528	12 384	13 626	13 773	13 971	14 243	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 876	9 955	10 033	9 876	10 682	10 770	10 872	11 064	
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 626	1 625	1 630	1 626	1 668	1 669	1 669	1 664	
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531 ⁶⁾	17 800	17 054	17 377	17 800	19 333	19 646	19 953	20 581	
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 737	5 980	5 898	6 642	6 875	7 083	7 125	
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 824	4 612	4 834	4 824	5 409	5 621	5 852	5 963	
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	10 493	9 908	9 985	10 493	11 242	11 323	11 423	12 013	
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 746 ⁷⁾	6 650 ⁸⁾	6 294 ⁹⁾	6 335 ¹⁰⁾	6 706	7 020	7 068	7 126	7 502	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	543	502	542	656	587	593	632	797	
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	498	460	469	653	541	516	535	759	
	Mill. DM	15	44	1	1	504	1	1	1	552	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse	Anzahl	11	17	10	18	23	16	21	9	24	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	3	3	2	-	-	-	1	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 762	1 796	1 722	1 572	1 512	1 455	1 529	
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	4 040	3 702	3 939	4 093	3 879	4 191	4 523	
Steuern											
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	331 168	303 000	895 467	555 811	405 988	509 704	719 194	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	169 209	155 297	701 138 ¹¹⁾	406 480	208 023	314 093 ¹²⁾	525 500	
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	148 863	145 058	383 407 ¹³⁾	150 567	173 144	254 817 ¹⁴⁾	248 789	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	12 594	8 244	182 825	190 012	26 199	9 583	200 363	
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	1 485	1 669	2 780 ¹⁵⁾	664	2 642	1 401 ¹⁶⁾	5 249	
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	6 267	326	132 126 ¹⁷⁾	65 237	6 038	48 292 ¹⁸⁾	71 099	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	161 959	147 703	194 329	149 331	197 965	195 611	193 694	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	118 121	123 031	129 095	116 491	135 027	137 014	138 773	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	43 838	24 672	65 234	32 840	62 938	58 597	54 921	
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	92 240	75 463	126 570	99 320	82 796	88 388	133 230	
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	9 735	6 495	15 596	6 374	11 647	7 185	12 191	
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	77 376	63 647	99 258	80 838	64 779	74 193	106 010	
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	35 697	28 915	38 865	33 082	25 568	25 123	43 289	
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	19 064	16 516	23 859	23 248	20 727	21 770	22 163	
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	8 218	7 896	10 708	7 105	9 784	9 606	13 727	
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	34 041	52 186	35 482	30 912	32 972	55 331	35 553	
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	2 439	24 715	4 285	- 356	1 697	24 546	2 004	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	20 864	17 958	21 250	20 458	21 303	20 409	22 878	
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	6 150	5 273	5 362	6 910	5 944	5 589	5 451	
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	208 603	.	.	203 880	249 836	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	.	136 736	166 348	.	.	.	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	.	13 327	14 809	.	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	.	8 463	10 165	.	.	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	.	25 811	37 441	.	.	.	
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	304 416	250 039	599 558	383 593	341 511	367 357	530 219	
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	215 512	210 206	363 346	291 748	219 954	270 554	376 842	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	73 303	66 917	310 933	179 399	90 058	138 539	231 310	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	61 173	82 666	86 836	- 9 093	81 095	66 843	73 182	79 886	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	25 502	4 267	26 025	342	30 081	3 502	30 093	
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	.	255 510	276 480	.	.	.	
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	.	162 914	90 737	.	.	.	

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	274	.	.	295	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	300	.	.	322	.	.	.
Facharbeiter	DM	213	304	320	.	.	344	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	291	.	.	312	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	169	238	250	.	.	268	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	177	.	.	195	.	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	6,13	.	.	6,69	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	6,56	.	.	7,15	.	.	.
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	6,98	.	.	7,61	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	6,36	.	.	6,92	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	5,48	.	.	6,00	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	4,36	.	.	4,81	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	44,7	.	.	44,1	.	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	45,8	.	.	45,1	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	40,7	.	.	40,4	.	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	40,9	.	.	40,2	.	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	41,9	.	.	41,0	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	37,3	.	.	37,0	.	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 388	1 443	.	.	1 570	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	876	1 250	1 295	.	.	1 413	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 515	1 568	.	.	1 700	.	.	.
Technische Angestellte	DM	674	961	1 000	.	.	1 100	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 615	1 686	.	.	1 822	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 665	1 739	.	.	1 875	.	.	.
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	783	1 106	1 158	.	.	1 281	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	651	943	954	.	.	1 066	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	646	938	948	.	.	1 060	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	852	1 235	1 259	.	.	1 397	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	513	736	742	.	.	836	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	817	1 181	1 214	.	.	1 335	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	742	1 070	1 094	.	.	1 207	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	952	1 371	1 409	.	.	1 543	.	.	.
Technische Angestellte	DM	570	820	837	.	.	932	.	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 124	1 590	1 659	.	.	1 806	.	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 156	1 644	1 716	.	.	1 859	.	.	.
	DM	769	1 071	1 118	.	.	1 261	.	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 125	1 125	1 105	1 131	1 130	1 130	1 119
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	679	679	662	683	681	682	671
Rentner	1 000	241	350	352	353	353	361	362	363	363
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	5,1	4,7	4,5	4,8	5,0	4,9	5,1
Männer	%	4,9	5,2	5,2	4,8	4,7	4,9	5,0	5,0	5,3
Frauen	%	4,8	4,9	5,0	4,5	4,1	4,7	4,8	4,8	4,7
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	372 919	376 261	376 072	384 269	385 256	386 657	388 073
Ausgezählte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	105 403	106 785	105 406	113 515	114 110	114 202	115 274
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	3 781	3 938	6 185	4 955	5 133	6 063	10 401
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	3 222	3 393	5 581	4 241	4 483	5 320	9 573
Ausgezählte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	2 362	1 965	4 671	2 255	2 844	3 163	7 941
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	2 115	1 750	4 359	2 030	2 510	2 843	7 383
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	.	159	156	.	.	156
Ausgezählte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	34 049	34 046	34 034	36 092	36 370	36 397	37 869

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 649 ^D	60 893 ^D	60 947 ^D	60 984 ^D
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 035 ^D	35 749 ^D	39 970 ^D	30 289 ^D	43 398 ^D	36 171 ^D	39 148 ^D	28 217 ^D
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	67 564 ^D	62 356 ^D	60 907 ^D	62 294 ^D	64 079 ^D	63 564 ^D	60 056 ^D	60 995 ^D
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 224 ^D	54 982 ^D	59 825 ^D	60 134 ^D	56 832 ^D	55 539 ^D	58 028 ^D	61 787 ^D
Geburtenüberschuß	Anzahl	20 558	6 340 ^D	7 374 ^D	1 082 ^D	2 160 ^D	7 247 ^D	8 025 ^D	2 028 ^D	- 792 ^D
Arbeitslose	1 000	147	149	97	111	129	146	147	170	208 ^D
Männer	1 000	106	93	49	54	64	71	71	83	109 ^D
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	20 969	21 597	.	.	.	21 501	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	293	299	310	311	312	314	316	337
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 821	1 622	1 555	1 482	1 803	1 587	1 527	1 475
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 603	8 685	8 686	8 683	8 551	8 565	8 527	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	1 020	1 043	1 086	1 048	897	1 002	1 004	...
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	44 072	47 888	48 610	46 808	42 900	50 897	49 898	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	8 506	9 127	9 044	8 934	7 897	10 052	9 220	...
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	157	158	164	171	139	161	170	172 ^D
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	158	158	164	172	139	162	170	172 ^D
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	157	157	163	170	138	160	169	170 ^D
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	193	173	200	218	170	191	209	231 ^D
Bergbau	1962 = 100	100	99	95	100	106	92	98	102	105 ^D
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	161	161	167	174	141	165	173	174 ^D
Grundstoffe und Produk-tionsgüter	1962 = 100	125	179	181	182	183	174	185	187	188 ^D
Investitionsgüter	1962 = 100	118	160	159	166	177	122	160	168	168 ^D
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	148	151	157	165	130	156	170	171 ^D
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	139	137	149	156	137	144	162	166 ^D
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	139	165	158	159	145	158	163	151 ^D
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 273	9 327	9 718	9 541	8 919	9 259	9 071	2 930
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 981	8 715	9 408	9 066	8 364	8 720	8 885	8 984
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 802	2 739	2 788	2 598	2 579	2 497	2 362	2 227
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 698	3 559	3 589	3 393	3 385	3 281	3 145	2 981
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 686	2 683	2 577	2 339	2 500	2 490	2 296	2 192
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	20 218	18 973	21 896	22 052	18 995	20 504	22 656 ^D	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 804	6 222	6 715	6 848	6 208	6 412	6 631 ^D	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 529	1 589	1 571	1 550	1 574	1 568	1 572	1 544
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	210	258	252	231	226	246	243	221
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	4 602	5 651	5 722	6 061	5 547	6 025	6 358	7 041
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	58 408	57 092	50 480	68 815	66 895	65 947	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	170	163	189	193	166 ^D	182 ^D	201 ^D	215 ^D
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	159	169	171	164	163	175	169	170 ^D
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	138	151	146	127	169 ^D	161 ^D	158 ^D	134 ^D
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	9 134	9 202	9 845	9 737	8 988	9 783	10 285 ^T	10 117
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	10 440	10 561	11 553	10 414	10 323	11 707	11 814	11 051
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 306	1 359	1 709	677	1 335	1 924	1 529	934

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	125	134	139	133	108	113
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	140	154	153	150	146	139
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	163	164	167	165	150	152
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	88	95	89	91	80	92
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	93	97	100	102	78	99	100	...
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	36 889	35 598	35 570	36 678	38 631	38 456	38 609	39 561 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	543 735 ^x	523 968	526 304	532 097	578 363	586 013	592 617	598 999 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	119 605	114 856	113 885	114 707	126 769	129 359	131 014	133 044 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	424 128 ^x	409 112	412 419	417 390	451 594	456 654	461 603	465 955 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	37 237 ^x	35 381	35 635	36 071	37 949	38 025	38 288	38 446 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	447 058	419 900	423 529	430 923	469 546 ^x	470 657	476 126	483 960 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	200 045	186 382	188 414	194 471	208 732 ^x	208 871	212 444	218 531 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	131,7	126,3	124,9	121,8	137,0	129,7	125,4	122,7
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	5 152	8 682	3 779	3 518	4 326	9 438	4 430	4 360
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 177	2 943	3 187	3 632	3 609	3 267	3 564	3 896
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 283	2 426	2 234	2 374	2 480	2 597	2 483	2 554
Landessteuern	Mill. DM	546	794	636	653	1 177	1 235	638	658	1 208
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	98,1	98,8	97,0	96,2	100,2	101,8 ^P	102,1 ^P	103,3 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	110,8	109,1	108,5	108,9	114,1	114,6	114,7 ^x	114,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	107,5	108,0	108,5	109,1	113,0	113,1	113,1	113,1
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	147,4	.	.	151,8	165,3	.	.	166,2
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	115,6	.	.	118,8	126,5	.	.	125,7
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	245,0	245,1	245,9	247,1	259,6	260,8	261,4	262,4
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	133,5	133,5	134,0	134,6	141,4	142,1	142,4	142,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	123,7	123,8	124,2	124,8	131,1	131,7	132,0	132,5
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	124,0	124,1	124,7	125,3	130,8	131,4	132,0	132,6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	117,4	116,6	116,7	117,1	122,1	122,4	122,6	123,2
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	115,8	116,7	117,5	118,2	123,2	124,4	125,2	125,9
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	163,4	164,7	165,6	166,5	174,4	175,1	176,5	176,9
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	127,4	129,3	130,8	131,7	134,3	136,3	137,3	138,3
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	114,1	113,9	114,9	116,1	119,9	120,5	121,9	122,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	118,1	118,7	119,0	119,3	126,2	127,4	127,6	127,5
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	140,9	142,0	142,4	143,5	151,3	151,9	152,3	152,8
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	129,4	129,8	130,5	131,9	137,3	137,9	138,5	138,9
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	121,0	121,4	121,5	121,7	128,7	128,8	128,9	129,2
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	179,6	.	189,8	.	.	.	204,0	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	181,3	.	189,5	.	.	.	208,9	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	182,0	.	191,7	.	.	.	209,7	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	184,4	.	192,3	.	.	.	213,3	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,7	.	99,1	.	.	.	97,4	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,0	.	98,2	.	.	.	97,7	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Bald wieder zunehmender Pferdebestand

Nach dem endgültigen Ergebnis der allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember 1971 beliefen sich die Bestände der wichtigsten Nutztierarten in Rheinland-Pfalz auf 686 000 Stück Rindvieh, 741 000 Schweine, 62 000 Schafe und knapp 5,1 Mill. Hühner, darunter 4 Mill. Legehennen.

Der Rindviehbestand war somit um 5,5% kleiner als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang, der bei fast allen Altersgruppen einschließlich der Milchkühe zwischen — 5 und — 6% liegt, dürfte hauptsächlich auf die deutliche Verringerung der Rindviehhaltungen (— 10,3%) zurückzuführen sein. Auch die starke Abnahme des Schweinebestandes (— 10,4%) ist weitgehend durch den in gleicher Größenordnung liegenden Rückgang der Schweinehaltungen begründet. Die gleichzeitig geringeren Bestände an Zuchtsauen und Ferkeln lassen für die nächsten Monate eine weitere Reduzierung der Schweinefleischproduktion erwarten.

Bei den Legehennen war dagegen gegenüber dem Vorjahr nur eine geringe Bestandseinbuße zu verzeichnen. Dasselbe gilt für die Pferdebestände, dessen Abgangsquoten sich immer mehr verringern. Bei den jüngeren Tieren ergaben sich bereits sehr deutliche Erweiterungen, so daß in absehbarer Zeit erstmals seit vielen Jahren auch die Gesamtzahl der Pferde wieder zunehmen dürfte. Größere Bestände als im Jahr vorher wiesen ferner Schafe und Bienenvölker auf. tg

Überdurchschnittlicher Beschäftigtenzuwachs in Rheinland-Pfalz

Zwischen 1961 und 1970 hat sich im Bundesgebiet die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten um 11,6% auf rund 2 285 000 verringert, wobei für sämtliche Bundesländer mehr oder weniger große Einbußen erkennbar waren. Für Rheinland-Pfalz errechnet sich eine überdurchschnittliche Abnahme der Arbeitsstätten um 14,0% auf 146 240 Einheiten.

Im Gegensatz hierzu konnte im Bundesgebiet hinsichtlich der Beschäftigtenzahl eine merkliche Zunahme um 5,0% auf 24 279 000 verzeichnet werden. Unter den Bundesländern schwankte hier die Veränderungsrate zwischen + 12,7% in Baden-Württemberg und — 8,2% in Berlin (West), wobei Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung von 9,9% noch durch Hessen (+ 12,1%) und Bayern (+ 11,0%) übertroffen wurde.

Bedingt durch die gegenläufige Entwicklung von Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahl ist die durchschnittliche Betriebsgröße zwischen 1961 und 1970 im Bundesgebiet von 8,9 auf 10,6 tätige Personen je Arbeitsstätte gestiegen, in Rheinland-Pfalz von 6,9 auf 8,9). pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 37.

Lohn- und Gehaltssumme belief sich 1969 auf 12,3 Mrd. DM

Im Jahre 1969 betrug die Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten insgesamt 12,3 Mrd. DM, wovon mehr als die Hälfte auf das produzierende Gewerbe entfiel. Je Arbeitsstätte wurde ein durchschnittlicher Betrag von rund 84 000 DM ermittelt, wobei sich zwischen den einzelnen Branchen sehr beträchtliche Unterschiede ergaben. Die je tätiger Person und je Einwoh-

ner errechneten Löhne und Gehälter beliefen sich auf etwa 9 500 bzw. 3 350 DM. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 32.

Weiterhin steigendes Investitionsvolumen 1970 ... in der Industrie

Ende September 1970 gab es 1 800 rheinland-pfälzische Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, die das ganze Jahr 1970 bestanden, und in denen 341 331 Beschäftigte tätig waren. Sie erzielten im Jahre 1970 einen Umsatz (ohne Umsatzsteuer) von 23 129 Mill. DM und investierten Sachanlagen in Höhe von 2 233 Mill. DM (einschließlich Investitionssteuer). Im Vergleich zu 1969 stiegen Umsatz und Investitionen um 13,2 bzw. 29,9% bei einem Zuwachs in der Zahl der Unternehmen um 0,9% und der Beschäftigten um 2,8%. Nach den vorläufigen Ergebnissen für das Bundesgebiet wurde die Investitionszunahme des Bundes bei den Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten (+ 31,6%) in diesem Jahr von Rheinland-Pfalz (+ 23,7%) nicht erreicht, obwohl sie in früheren Jahren stets über dem Bundesdurchschnitt lag. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, die in der Zunahme des Indexes der Erzeugerpreise industrieller Produkte um 5,9% im Bundesgebiet zum Ausdruck kamen, war das reale Wachstum des Umsatz- und Investitionsvolumens niedriger. Wie bereits in den Vorjahren, entfiel fast die Hälfte der Investitionen (46,5%) auf die chemische Industrie (einschließlich Mineralölverarbeitung). Unter den Industriehauptgruppen verzeichneten die Verbrauchsgüterindustrien mit + 66,6% den relativ stärksten Zuwachs, die Investitionszunahme für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien blieb dagegen mit + 17,2% hinter der Gesamtentwicklung zurück. Je Beschäftigten wurden 6 543 DM investiert, gegenüber 5 177 DM ein Jahr zuvor. Gemessen am Umsatz errechnet sich eine Investitionsquote von 9,7% im Vergleich zu 8,4% im Jahre 1969. ha

... und im Bauhauptgewerbe

Die in Rheinland-Pfalz Ende 1970 ansässigen 1 013 Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und einem vollen Geschäftsjahr 1970, in denen 68 254 Beschäftigte tätig waren, erzielten 1970 einen Bruttoproduktionswert von 2 718 Mill. DM (ohne Umsatzsteuer). Davon entfielen 2 432 Mill. DM auf die Jahresbauleistung und 286 Mill. DM auf den Umsatz an sonstigen Leistungen (Handelsumsatz). Die Bruttoanlageinvestitionen (einschließlich Investitionssteuer) beliefen sich gleichzeitig auf nahezu 206 Mill. DM. Ergänzend sei bemerkt, daß die Arbeitsgemeinschaften in dieser Zahlenzusammenstellung in Form von Arge-Anteilen bei den Stammunternehmen mit Sitz in unserem Lande berücksichtigt wurden, also eine Bereinigung der die Landesgrenzen überschneidenden Bautätigkeiten nicht erfolgte. Gegenüber 1969 stiegen Jahresbauleistung (+ 10,7%) und sonstiger Umsatz (+ 39,2%) zusammen um 13,2%, obwohl ein Rückgang in der Zahl der Unternehmen (— 3,4%) und Beschäftigten (— 0,7%) vorlag. Der Zugang an Sachanlagen erhöhte sich vergleichsweise um 10,1%. Diese Zuwächse waren jedoch weitgehend durch Steigerungen der Baupreise (+ 16,4%) oder Investitionsgüterpreise (Maschinenbauherzeugnisse + 9,5%) im Jahre 1970 bedingt. Die Investitionsquote des Bauhauptgewerbes, das heißt der Anteil der Inve-

stitionen am Bruttoproduktionswert, verminderte sich auf 7,6%, da das Wachstum des Bruttoproduktionswertes über dem der Investitionen lag. Je Beschäftigten ergab sich eine Investitionsintensität von 3 014 DM (+ 10,9%). ha

Noch jede dritte Gemeinde ohne Sammelkanalisation

Im Jahre 1969 gab es in Rheinland-Pfalz noch immer 840 Gemeinden - das ist ein Drittel aller Gemeinden - ohne Sammelkanalisation und nur von etwa drei Vierteln der Wohnbevölkerung wurde das Abwasser zentral abgeleitet. 1969 verfügte 41% der rheinland-pfälzischen Wohnungen nicht über einen Anschluß an eine Sammelkanalisation, und zwar überwiegend solche in Streusiedlungen der städtischen Randgebiete und in ländlichen Bezirken. Von den 1 704 Gemeinden mit zentraler Kanalisation für Abwasser betrieben 674 eine oder mehrere Kläranlagen. Insgesamt bestanden 763 Kläranlagen, in denen die Abwässer von knapp der Hälfte der Wohnbevölkerung gereinigt wurden. ha

Mehr über dieses Thema auf Seite 26.

Zunehmende Gäste- und Übernachtungszahlen in Eifel, Hunsrück, Westerwald und Taunus

Die Beherbergungsstätten der 286 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden im Sommerhalbjahr 1971, das sich von April bis September erstreckt, von 2,1 Mill. Fremden aufgesucht, die zusammen 8,0 Mill. Übernachtungen tätigten. Im Vergleich zum Sommerhalbjahr 1970 wurden 102 321 Gäste (+ 5,1%) und 550 296 Übernachtungen (+ 7,4%) mehr gezählt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste erhöhte sich damit geringfügig auf 3,8 Tage. Der Anteil der Ausländerübernachtungen ging jedoch wieder auf 16,3% zurück, nachdem er im Sommerhalbjahr 1970 mit noch 17,6% einen Höhepunkt erreicht hatte. Der stärkste Betrieb wurde in den Beherbergungsstätten im Juli mit 420 345 neu angekommenen Gästen und 1 719 769 Übernachtungen beobachtet, das sind um 6,6 bzw. 13,4% mehr als im Vorjahresmonat.

In den einzelnen Gebieten entwickelte sich der Fremdenverkehr sehr unterschiedlich. Während in den südlichen Landesteilen Rheinhessen (— 6,4 bzw. — 2,5%) und Pfalz (— 5,1 bzw. — 0,6%) rückläufige Gäste- und Übernachtungszahlen gemeldet wurden, konnte in den übrigen Fremdenverkehrsgebieten ein besonders lebhafter Besucherstrom beobachtet werden. Die höchste Zuwachsrate erlebten Eifel und Ahr, wo 12,6% mehr Gäste als im Vorjahr eintrafen. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich hier gleichzeitig um 9,1%. Den größten absoluten Anstieg der Zahl der Übernachtungen (+ 159 285 bzw. + 10,7%) verzeichneten dagegen Mosel und Saar. Überdurchschnittliche Zuwachsraten wiesen außerdem das Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan (+ 9,3 bzw. + 11,6%) und das Rheintal (+ 7,8 bzw. + 9,3%) auf.

Unter den verschiedenen Gemeinden zeigten die Erholungsorte die stärkste positive Entwicklung mit einer Zunahme ihrer Gästezahlen um 15,5% und der Übernachtungen um 8,1%. Dabei konnte jedoch ein erheblicher Unterschied zwischen den Erholungsorten, die ein Prädikat besitzen, und denen ohne Prädikat beobachtet werden. Während die prädi-katisierten Gemeinden einen erheblichen Anstieg sowohl bei den Gästen (+ 11,6%) als auch bei den Übernachtungen

(+ 19,6%) verzeichneten, wurden die Gemeinden ohne Prädikat von 20,5% mehr Gästen aufgesucht, ohne daß sich in diesen die Gesamtzahl der Übernachtungen erhöhte (— 0,3%). Die Großstädte erlebten nahezu eine Stagnation in ihrer Fremdenverkehrsentwicklung (— 0,0 bzw. + 1,0%). mc

12 Mrd. DM Spareinlagen Ende 1971

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten des Landes stieg im 4. Quartal 1971 um 771 Mill. DM oder 6,9% (Vorjahr + 6,3%) und überschritt im Dezember 1971 erstmals die 12 Mrd. DM-Grenze. Knapp drei Viertel (554 Mill. DM) des Spareinlagenzuwachses beruhten auf Zinsgutschriften, vornehmlich den im Dezember gutgeschriebenen Jahreszinsen, während die übrige Sparkapitalbildung überwiegend aus dem Saldo der Gut- und Lastschriften resultiert. Je Kopf der Bevölkerung nahmen die Spareinlagen um 203 auf 3 266 DM zu.

Im Jahre 1971 wurde mit 1 520 Mill. DM oder + 14,5% (Vorjahr + 11,2%) der bisher größte Spareinlagenzuwachs erzielt. Die Entwicklung zeigt, daß der Sparer dieser Form der Geldanlage - trotz des im Berichtszeitraum aufgetretenen allgemeinen Preisauftriebs - am ehesten zuneigt. Auf prä-mienbegünstigte Spareinlagen entfielen Ende Dezember 1971 gut 1,1 Mrd. DM, das entspricht einem Anteil von 9,2% am gesamten Sparvolumen. he

Themen der letzten Hefte

Heft 12/Dezember 1971

Rheinland-Pfalz 1971 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Siedlungsstruktur 1939 - 1970
Frauenarbeit und Betriebsformen 1970
Einkommensteuerverpflichtige 1968

Heft 1/Januar 1972

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1971
Bodennutzung 1971
Schüler und Studenten 1971/72
Bevölkerungsentwicklung 1970
Unfallursachen 1970
Sozialwohnungsbau 1953 - 1970

Themen der folgenden Hefte

Pendelwanderung 1970
Sozialprodukt 1971
Industrie 1971
Bauhauptgewerbe 1971
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1971
Auftragsvergaben im Tiefbau
Anbauverhältnisse im Weinbau seit 1968
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971
Ausgaben und Vermögen der Kranken-versicherung 1967 - 1970

Soeben sind in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz erschienen:

Band 243 STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 62 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 5,—

In diesem Band werden die Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik in ausführlicher Weise dargestellt und interpretiert. Mit ihm setzt sich die Reihe der jährlichen Publikationen über das Unfallgeschehen auf den rheinland-pfälzischen Straßen fort.

Den Ergebnissen des Jahres 1970 kommt eine besondere Bedeutung zu: Die Zahl der Unfälle sowie die der verunglückten Personen stieg auf einen traurigen Rekord an. Der Band soll zur Erhellung der Hintergründe für diese Entwicklung beitragen. Hierzu dienen vor allem eingehende Untersuchungen über Unfallursachen, Unfallarten und Unfallschwerpunkte.

Band 248 SOZIALHILFE, KRIEGSOPFERFÜRSORGE UND ÖFFENTLICHE JUGENDHILFE IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 117 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 7,—

Die Veröffentlichung enthält in weitgehender fachlicher Gliederung wichtige Ergebnisse aus den amtlichen Jahresstatistiken der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe. Verwaltungs- und abrechnungstechnische Gründe zwangen dazu, die regionale Gliederung auf den Gebietsstand vom 7. Juni 1969 abzustellen.

Die mit einem ausführlichen Kommentar versehenen Ergebnisse vermitteln einen guten Einblick in die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung auf den genannten Gebieten. Sie dienen nicht zuletzt als Arbeitsgrundlage für die Sozialämter und Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte. Die Einzelmeldungen der erwähnten Stellen und die Berichte der überörtlichen Träger waren Grundlage der Datenaufbereitung.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.